

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

32. Sitzung  
22. November 2018

Beginn: 13.00 Uhr  
Schluss: 16.57 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).
- Auf Antrag von Frau Abg. Seidel (LINKE) beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP, den Punkt 5 (neu) als Punkt 4 (neu) und den Punkt 4 als Punkt 5 (neu) der Tagesordnung zu behandeln.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **a) Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurde folgende schriftliche Frage eingereicht:

„Der Neuköllner Einschulungs-Atlas zeigt: Im Umfeld der Schule in der Köllnischen Heide (Hänselstraße) haben 88% der Kinder eine Kita besucht, dennoch weisen 70% Sprachdefizite auf. Was will der Senat konkret unternehmen, um an Berliner Schulen die Quote der Sprachdefizite zu minimieren?“

(AfD-Fraktion)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- „Wie erklärt es sich, dass eine wichtige Fortbildungsveranstaltung für Lehrer, nämlich die Fachtagung ‚Gewalt an Schulen‘, in enger Zusammenarbeit mit der Fraktion der SPD sowie in den Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand?“  
(Fraktion der CDU)
- „Wie verhält es sich mit dem Gerücht, dass in Berlin 9.400 Kitaplätze nicht belegt seien und bitte um kurze Erläuterung der Begriffe ‚erlaubt‘, ‚belegt‘ und ‚frei‘?“  
(Fraktion der SPD)
- „Trifft es zu, dass eine Vielzahl der Beschlüsse zur Notengebung bei Schulkonferenzen nicht vorliegen und falls dem so ist, wie kann der Senat eine Vergleichbarkeit der Noten im Land Berlin sicherstellen?“  
(Fraktion der FDP)

Nachdem Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam), Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) die Fragen beantwortet haben, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

**b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) berichtet über den Beschluss des Kabinetts, Berlin in die Breitbandinitiative des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) aufzunehmen.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Ergebnisse der Evaluation des Landesprogramms  
„Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ und  
daraus erwachsende Handlungserfordernisse**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0152](#)  
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Seidel (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Elvira Kriebel, Fachreferentin für Schulbezogene Jugendhilfe, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Landesverband Berlin e. V.,
- Herr Falko Liecke, Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit des Bezirksamtes Neukölln von Berlin,
- Herr Prof. Dr. Karsten Speck, Professor des Instituts für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |                                                                                                                                               |                                                          |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drucksache 18/1398<br><b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer<br/>Rechtsvorschriften</b> | <a href="#">0191</a><br>BildJugFam(f)<br>Haupt<br>KTDat* |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------|

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.11.2018

Hierzu:

- |                                                                                                                                                                                      |                                                           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Vorlage – zur<br>Beschlussfassung –<br>Drucksache 18/1398-1<br><b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer<br/>Rechtsvorschriften</b> | <a href="#">0191-1</a><br>BildJugFam(f)<br>Haupt<br>KTDat |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|

- |                                                                                                                                                                                      |                                                           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Vorlage – zur<br>Beschlussfassung –<br>Drucksache 18/1398-2<br><b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer<br/>Rechtsvorschriften</b> | <a href="#">0191-2</a><br>BildJugFam(f)<br>Haupt<br>KTDat |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|

- b) Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1157

[0168](#)  
BildJugFam

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land  
Berlin (SchulG): Kein Auseinanderreißen von  
Geschwisterkindern durch Neuzuschnitt von  
Einschulungsbereichen**

Zu Punkt 3 a) der Tagesordnung liegt dem Ausschuss ein Vorabauszug des Wortprotokolls der Sitzung vom 8. November 2018 vor.

Es liegt dem Ausschuss zu Punkt 3 a) die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kommunikationstechnologie und Datenschutz vor. Der Ausschuss empfiehlt mit Stellungnahme vom 12. November 2018, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1398 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP anzunehmen.

Neben den oben aufgeführten Änderungsanträgen der AfD- Fraktion wurden im Vorfeld der Sitzung folgende Änderungsanträge eingereicht:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU (Anlage 1),
- Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2),
- Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Anlage 3).

Zu Punkt 3 b) der Tagesordnung liegt dem Ausschuss die Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vor.

Herr Abg. Kerker (AfD) begründet die Änderungsanträge zu Punkt 3 a) seiner Fraktion.

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet die Änderungsanträge ihrer Fraktion zu Punkt 3 a) und den Antrag zu Punkt 3 b).

Frau Abg. Lasić (SPD) begründet die Änderungsanträge zu Punkt 3 a) für die antragstellenden Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

Auf Antrag von Frau Abg. Lasić (SPD) beschließt der Ausschuss einvernehmlich folgende Protokollnotiz:

„Laut Vorlage sollen die Liegenschaften beider Schulen (Französisches Gymnasium und John-F.-Kennedy-Schule), Derfflinger Str. 7 und Teltower Damm 87-93, auch in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) übertragen und durch die Geschäftsführerin des SILB, die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH), verwaltet und bewirtschaftet werden. Der Ausschuss stellt hierzu fest, dass auch der dazugehörige Hort- und Kita-

bereich, Teltower Damm 95, 97, 99, 101 (Flurstück 982), als Teil der John-F.-Kennedy-Schule übertragen werden soll.“

Herr Abg. Fresdorf (FDP) begründet die Änderungsanträge seiner Fraktion zu Punkt 3 a).

Der Ausschuss berät sodann die eingereichten Änderungsanträge und fasst hierzu in Einzelabstimmung die aus der Synopse (Anlage 4) ersichtlichen Beschlüsse.

Im Rahmen der Beratung nehmen Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Zu Punkt 3 a):

Im Rahmen der folgenden Schlussabstimmung zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1398 – beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1398 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Zu Punkt 3 b):

Der Antrag – Drucksache 18/1157 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, und AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1437  
**Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes  
in der Überleitungsfassung für Berlin**

[0199](#)  
BildJugFam  
Haupt

Der Antrag von Frau Abg. Bentele (CDU) auf Vertagung des Punktes 4 (neu) der Tagesordnung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP abgelehnt.

Eine Stellungnahme des Sentas gemäß § 43 Abs. 1 GGO II liegt dem Ausschuss nicht vor. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, über den Antrag – Drucksache 18/1437 – trotz Nichtvorliegens dieser Stellungnahme heute abzustimmen.

Frau Abg. Lasić (SPD) begründet den Antrag für die antragstellenden Fraktionen.

Im Anschluss an die Beratung in deren Rahmen Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/1437 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion der CDU angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

#### Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/0770

**Impfen: Fürsorge für unsere Kinder und Schutz der  
Allgemeinheit!**

[0122](#)  
BildJugFam  
GesPfleGleich(f)

Auf Antrag von Frau Abg. Bentele (CDU) beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 5 (neu) der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

#### Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Die nächste (33.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 6. Dezember 2018 um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Drucksache 18/.....

Datum

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

## **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG):**

**Zentrale Vergleichsarbeiten in Jahrgangsstufe 4 für alle Berliner Grundschüler**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Vom...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel I

#### Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Das Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 09.04.2018 (GVBl. S. 202), wird wie folgt geändert:

Abschnitt II, § 20, nach Abs. 4 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird folgender Abs. 5 neu eingefügt (die bisherigen Absätze 5 bis 8 werden zu Absätzen 6 bis 9):

„In der Jahrgangsstufe 4 finden zentrale Vergleichsarbeiten bzw. Prüfungen zur Sicherstellung des Erreichens der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen statt.“

### Artikel II

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz-Verordnungsblatt von Berlin in Kraft.

#### Begründung.

Die Verbesserung der Grundschülerleistungen muss endlich zur Priorität werden. Viele Berliner Grundschüler weisen laut verschiedener Studien seit Jahren große Lücken und Probleme im Lesen, Schreiben und Rechnen auf – Grundfertigkeiten, deren Erlernen in der Oberschule kaum mehr nachgeholt werden kann.

Um Defizite zu erkennen und entsprechende Fördermaßnahmen einzuleiten, müssen die Leistungsstände frühzeitig und für Eltern und Schüler transparent erfasst werden, dies kann durch die Einführung berlinweit einheitlicher Vergleichsarbeiten mit einheitlichen Korrektur- und Bewertungsvorgaben in der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule gewährleistet werden. Solche Vergleichsarbeiten tragen auch zu einiger stärkeren Angleichung der Standardisierung der Berliner Grundschulen bei. Ziel muss sein, dass alle Berliner Grundschüler mindestens die von der KMK gesetzten Regelstandards erfüllen.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU



# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Drucksache 18/.....

Datum

## Abgeordnetenhaus **BERLIN**

### **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG):**

**Abschaffung des bisherigen Prüfungsverfahrens zur Erteilung des Mittleren Schulabschlusses (MSA) an Berliner Gymnasien**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Vom...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel I

#### Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Das Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 09.04.2018 (GVBl. S. 202), wird wie folgt geändert:

§ 26 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt geändert:

„Der mittlere Schulabschluss (MSA) wird bei Versetzung in Klasse 11 automatisch verliehen. Ein eigenes Prüfungsverfahren findet nicht statt. Sollte die Versetzung in Klasse 11 nicht erfolgen, kann der MSA extern abgelegt werden.“

Artikel II  
Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz-Verordnungsblatt von Berlin in Kraft.

### Begründung

Die gleiche Abnahme der Prüfungen zur Erlangung des Mittleren Schulabschlusses (MSA) an Berliner Gymnasien in Klasse 10 wie an Berliner Integrierten Sekundarschulen ist sinnfremd, da Gymnasiasten hierbei am Ende der 10. Klasse nach Lerninhalten befragt werden, die sie laut Rahmenlehrplan bereits am Ende der 9. Klasse beherrschen müssen. Gymnasiasten, die sowohl in der neunten als auch der zehnten Klasse das Klassenziel erreicht haben, haben ausreichenden Nachweis erbracht, dass sie Lernstoff und Kompetenzen erworben haben, die den Start in eine Berufsausbildung möglich machen.

Sowohl das Prüfungsverfahren selbst als auch die Prüfungsvorbereitungen binden Kapazitäten und wichtige Zeit, welche die Schülerinnen und Schüler eigentlich für die Lerninhalte der 10. Klasse und insbesondere für die Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe benötigen. Anstatt Gymnasien die pädagogisch nicht sinnvollen MSA-Prüfungen aufzuerlegen, sollten für Gymnasiasten pädagogisch sinnvolle Alternativen zur Anwendung kommen wie in Drucksache 18/0133 gefordert und in anderen Bundesländern praktiziert.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Drucksache 18/.....

Datum

## Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

### **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

zur Vorlage – Zur Beschlussfassung -

**über das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 18/1398)**

**Inklusive Schwerpunktschulen auch für emotional und sozial förderungsbedürftige Kinder einrichten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

§ 37a Abs. 1 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt neu gefasst:

„Grundschulen, Integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, die aufgrund ihrer besonderen personellen, sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen besonders geeignete Angebote für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Hören und Kommunikation“, „Geistige Entwicklung“, „Autismus“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ haben, führen die Bezeichnung Inklusive Schwerpunktschulen.“

§ 38 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt sind Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen I und II für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Organisation dieser Schulen richtet sich nach den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten „Sehen“, „Hören und Kommunikation“, „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Lernen“, „Sprache“, „Geistige Entwicklung“ und „Emotionale und soziale

Entwicklung“. Im Bereich der beruflichen Schulen stehen für die sonderpädagogische Förderung Berufsschulen mit sonderpädagogischen Aufgaben zur Verfügung.“

Begründung:

Die mit der Aufnahme in das Schulgesetz geplante Überführung des seit dem Schuljahr 2016/17 bestehenden Schulversuchs „Inklusive Schwerpunktschule“ in die Regelform darf sich nicht auf die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Hören und Kommunikation“, „Geistige Entwicklung“ und „Autismus“ beschränken. Auch für Kinder mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ müssen Inklusive Schwerpunktschulen geschaffen werden (Drs. 18/1398, Nummer 21 und 22).

Hinter der Diagnose einer emotional-sozialen Störung und dem entsprechend nachgewiesenen Förderbedarf können schwere Traumata, Missbrauch, Vernachlässigungen etc. liegen, die nur von Fachleuten mit viel Zeit und der nötigen Expertise zu heilen sind. Auch für emotional und sozial förderungsbedürftige Kinder muss es die Chance geben, (zumindest zeitweise) nicht in (vollen) Regelklassen beschult, sondern in kleineren Gruppen durch Fachpersonal unterrichtet zu werden, zumal immer weniger Lehrer im Umgang mit Inklusions- bzw. Integrationskindern geschult sind, pauschale Ressourcenzuwendungen nicht ausreichen oder bei den Schülern nicht ankommen und auf diesen Förderbedarf spezialisierte Förderzentren abgewickelt werden.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Drucksache 18/.....

Datum

## Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

### **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG):**

**Gemeinschaftsschulen nur freiwillig. Elternwahlrecht durch Widerspruchsrecht sichern.**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Vom...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel I

#### Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Das Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 09.04.2018 (GVBl. S. 202), wird wie folgt geändert:

§ 55, Abs. 2 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt ergänzt:

„Handelt es sich bei der Grundschule des Einzugsgebietes um eine Gemeinschaftsschule, haben die Erziehungsberechtigten das Recht, der Zuweisung ihres Kindes an diese Schule zu widersprechen. Sie erhalten stattdessen die Möglichkeit, ihr Kind an der nächstgelegenen Grundschule, die keine Gemeinschaftsschule ist, einzuschulen.“

#### Artikel II

### Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz-Verordnungsblatt von Berlin in Kraft.

### Begründung:

Die geplante schulgesetzliche Verankerung der Gemeinschaftsschule als Regelschule stellt einen massiven Eingriff in das Recht der Eltern auf freie Schulwahl dar. Sie hat zur Folge, dass Kinder allein aufgrund ihres Wohnortes einer Gemeinschaftsschule auch dann zugewiesen werden können, wenn die Eltern diese Schulform und das dahinter stehende spezielle pädagogische Konzept ablehnen, welches im übrigen der Öffentlichkeit in keiner Weise ausreichend kommuniziert wurde.

Der Besuch einer Gemeinschaftsschule darf Kindern nicht durch den Zuschnitt des Einzugsgebiets von oben verordnet werden, sondern muss das Ergebnis einer freien und bewussten Entscheidung seitens der Eltern sein. Ihnen muss daher ein Widerspruchsrecht gegen die Zuweisung ihres Kindes an eine Gemeinschaftsschule zugesichert werden und es muss die Möglichkeit sichergestellt sein, das Kind auf Wunsch statt an einer Gemeinschaftsschule an der nächstgelegenen Grundschule einschulen zu können.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Drucksache 18/.....

Datum

## Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

### **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

#### **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG):**

#### **Verkürzung der Probezeit am Gymnasien auf ein Schulhalbjahr**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Vom...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel I

#### Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Das Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 09.04.2018 (GVBl. S. 202), wird wie folgt geändert:

§ 56 Abs. 5 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt neu gefasst:

„Wer im Gymnasium am Ende des ersten Halbjahres der Jahrgangsstufe 7 die Probezeit nicht besteht, wechselt zum zweiten Halbjahr in die Jahrgangsstufe 7 der Integrierten Sekundarschule oder der Gemeinschaftsschule.“

#### Artikel II

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz-Verordnungsblatt von Berlin in Kraft.

**Begründung:**

Die derzeit geltende einjährige Probezeit an Berliner Gymnasien führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler, die den Anforderungen dieser Schulform nicht gewachsen sind, unnötig Zeit verlieren, bevor ein Schulwechsel erfolgen kann. Aussagen von Schulleitern und Lehrkräften zufolge lässt sich bereits nach der Hälfte eines Schulhalbjahres zuverlässig einschätzen, welche Schülerinnen und Schüler den gymnasialen Bildungsgang erfolgreich beschreiten werden können und welche nicht.

Hinzu kommt, dass aufgrund fehlender freier Plätze in bestehenden Klassen immer wieder „Rückläufer“-Klassen gebildet werden, in denen sich Schüler mit Misserfolgserlebnissen sammeln. Bei der Verkürzung der Probezeit auf ein Halbjahr wäre es möglich, in den siebenten Klassen an den Sekundarschulen Plätze freizuhalten, die zum Schulhalbjahr aufgefüllt werden könnten. Gleichzeitig wird so besser sichergestellt, dass die Schüler die für die siebente Klasse vorgesehenen Lerninhalte auch tatsächlich mitbekommen.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU



# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Drucksache 18/.....

Datum

## Abgeordnetenhaus **BERLIN**

### **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

#### **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG):**

#### **Schulplatzvergabe an übernachgefragten weiterführenden Schulen nach Leistung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Vom...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel I**

#### **Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)**

Das Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 09.04.2018 (GVBl. S. 202), wird wie folgt geändert:

§ 56, Abs. 6, Punkt 2 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt geändert:

„Mindestens 90 Prozent der Schulplätze an Gymnasien werden nach Aufnahmekriterien vergeben, die von der Schule unter Berücksichtigung des Schulprogramms festgelegt werden. Mindestens 90 Prozent der Schulplätze an Integrierten Sekundarschulen werden je zu einem Drittel an leistungsstarke Schüler, zu einem Drittel an Schüler mittlerer Leistungsstärke und zu einem Drittel an leistungsschwache Schüler vergeben. Zur Feststellung, ob eine Schülerin oder ein Schüler die Aufnahmekriterien der Schule erfüllt, ist ein Verfahren für die Aufnahme durchzuführen. Die Grundlagen der Aufnahmeentscheidung sind zu dokumentieren. Die

Aufnahmekriterien und die Gestaltung des Verfahrens für die Aufnahme unterliegen der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde, hinsichtlich der Aufnahmekriterien im Benehmen, hinsichtlich der Gestaltung des Verfahrens für die Aufnahme im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Schulbehörde.“

§ 56, Abs. 6, Punkt 3 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird gestrichen.

## Artikel II Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz-Verordnungsblatt von Berlin in Kraft.

### Begründung:

Das derzeit in Berlin praktizierte Verfahren, welches den Zugang zu übernachgefragten Gymnasien und Integrierten Sekundarschulen regelt, berücksichtigt weder die Grundprinzipien der beiden Säulen des zweigliedrigen Schulsystems noch ist es gerecht. Das Gymnasium arbeitet mit geringerer Personalausstattung und Unterstützungsstruktur und mit größeren Klassenfrequenzen nach dem Leistungsprinzip und hat als Zielabschluss das Abitur. Die Integrierte Sekundarschule arbeitet differenziert mit höherer Personalausstattung und kleineren Klassen als das Gymnasium als „Schule für alle“ und führt auf alle Abschlüsse gleichermaßen hin. Angesichts der unterschiedlichen Profile und Anforderungen, die Gymnasium und Integrierte Sekundarschule aufweisen, muss auch beim Übergangsverfahren zwischen den beiden Schulformen unterschieden werden.

Da Gymnasien auf dem Leistungsprinzip basieren, müssen aus Gründen der Gerechtigkeit über den Zugang zu übernachgefragten Gymnasien die schulischen Leistungen der Kinder entscheiden und nicht das Losglück, wie das bei 30% der zur Verfügung stehenden Plätze derzeit in Berlin der Fall ist. Schulplatzvergabe nach Zufallsprinzip widerspricht auch diametral der Idee, dass Schüler sich die weiterführende Schule berlinweit entsprechend ihrer Präferenzen aussuchen sollen und sie entsprechend ihrer Leistungen auch besuchen können. Das jetzige Verfahren führt einerseits dazu, dass leistungsstarke Schüler an ihrer Wunschschule abgewiesen und weniger leistungsstarke Schüler zugelassen werden, und andererseits dazu, dass Eltern aus rein taktischen Gründen eine Schule wählen, die sie zwar nicht für die beste für ihr Kind halten, bei der sie aber davon ausgehen, dass es dort keine Übernachtung gibt.

Im Bereich der Integrierten Sekundarschulen hat sich eine Entwicklung ergeben, die dem Gedanken der Integrierten Sekundarschule als eine „Schule für alle“ widerspricht. So sind übernachgefragte Integrierte Sekundarschulen hoch selektiv geworden, ein Zugang ist nur noch mit sehr guten Schülerleistungen möglich, es ist mittlerweile schwieriger auf eine „Wunsch-ISS“ zu kommen als auf ein „Wunsch-Gymnasium“, die Schülerschaft an übernachgefragte ISS ist mindestens so leistungshomogen wie an Gymnasien. Da dies der Kernidee der Integrierten Sekundarschule widerspricht, die ausdrücklich auf eine heterogene Schülerschaft abzielt und

personell und räumlich entsprechend ausgestattet ist, muss durch eine Quotierung im Übergangsverfahren wieder auf eine entsprechende Leistungsheterogenität hingewirkt und damit der „Zwei-Klassen“-Bildung bei den Integrierten Sekundarschulen entgegengewirkt werden.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

## **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

zur Vorlage – Zur Beschlussfassung -

**über das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 18/1398)**

### **Qualitätssicherung bei Gewährung eines Nachteilsausgleichs**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

§ 58 Abs. 8 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt neu gefasst:

„Sind Schülerinnen und Schüler durch eine lang andauernde erhebliche Beeinträchtigung daran gehindert, ihr vorhandenes Leistungsvermögen darzustellen, erhalten sie besondere Unterstützungsmaßnahmen, die diese Beeinträchtigung ausgleichen (Nachteilsausgleich). Zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung dieses Verfahrens und des qualitativen Anforderungsniveaus wird ein zentraler Kontrollmechanismus eingeführt.“

Begründung:

Die Gewährung von Nachteilsausgleichen darf nicht zur Absenkung von Leistungsanforderungen führen. Es bedarf daher eines zentralen Kontrollmechanismus, der sicherstellt, dass die Gewährung von Maßnahmen des Nachteilsausgleiches einheitlich und auf definierten Kriterien erfolgt und es nicht zu einer qualitativen Absenkung der Leistungsanforderungen kommt. Der zentrale Kontrollmechanismus beinhaltet u. a. eine statistische Erfassung der gewährten Nachteilsausgleiche.

Berlin, 12. November 2018

Dregger Bentele  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

## **Änderungsantrag**

der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

zur Vorlage

- zur Beschlussfassung –

## **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften**

Drucksache 18/1398

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Artikel 1 - Änderung des Schulgesetzes - wird wie folgt geändert:

1. Hinter der laufenden Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:  
1a. § 2 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  
„(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige, diskriminierungsfreie schulische Bildung und Erziehung ungeachtet insbesondere einer möglichen Behinderung, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung, des Geschlechts, der Geschlechtsidentität, der sexuellen Orientierung, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen, der Sprache, der Nationalität, der sozialen und familiären Herkunft seiner selbst und seiner Erziehungsberechtigten oder aus vergleichbaren Gründen.“
2. Hinter der laufenden Nummer 1a wird folgende Nummer 1b eingefügt:  
1b. § 3 Absatz 3 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:  
„2. die Gleichstellung aller Geschlechter auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,“
3. Hinter der laufenden Nummer 1b wird folgende Nummer 1c eingefügt:  
1c. § 4 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:  
„(2) Jede Schule trägt die Verantwortung dafür, dass die Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihren Lernausgangslagen, an ihrer Schule zu ihrem bestmöglichen Schulabschluss geführt werden. Die Schule ist inklusiv zu gestalten, so dass die gemeinsame Unterrichtung und Erziehung sowie das gemeinsame Lernen der Schülerinnen und Schüler verwirklicht, Benachteiligungen ausgeglichen und Chancengleichheit hergestellt werden. Dabei ist das Prinzip des Gender Mainstreaming und die interkulturelle Ausrichtung der Schulgestaltung zu berücksichtigen, wonach alle erziehungs- und bildungsrelevanten Maßnahmen und Strukturen unter Einbeziehung der Geschlechterperspektive und der interkulturellen Perspektive zu entwickeln sind. Schulen sind verpflichtet, Schülerinnen und Schüler vor Diskriminierungen wegen der in § 2 Absatz 1 genannten Gründe zu schützen. Der Unterricht ist nach Inhalt und Organisation so zu differenzieren, dass alle Schülerinnen und Schüler Lern- und Leistungsfortschritte machen können.“

4. Die laufende Nummer 5 wird um folgenden lit. d) ergänzt:  
d) Absatz 7 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
„Ihr Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern das ihrem Alter und ihrer Reife angemessene Wissen über biologische und gesellschaftliche Zusammenhänge sowie die Vielfalt der Lebensweisen und unterschiedlichen kulturellen Werte und Normen zu vermitteln und sie zu selbstbestimmtem und verantwortlichem Handeln gegenüber sich selbst und den anderen in Familie, Partnerschaft und Gesellschaft zu befähigen.“
5. Hinter der laufenden Nummer 7 wird folgende Nummer 7a eingefügt:  
7a. § 16 Absatz 1 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:  
„5. nicht ein geschlechts-, religions- oder rassendiskriminierendes Verständnis fördern und nicht den Bildungs- und Erziehungszielen gemäß §§ 2 und 3 zuwiderlaufen.“
6. Hinter der laufenden Nummer 16 wird folgende Nummer 16a eingefügt:  
16a. § 29 wird wie folgt gefasst:  
„(1) (unverändert)  
(2) (unverändert)  
(3) Schülerinnen und Schüler, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen, sind berechtigt, im Anschluss an die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht den Bildungsgang „Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung“ zu besuchen, der auf der Grundlage des individuellen Leistungsvermögens der Schülerinnen und Schüler durch Erweiterung der berufsfeldübergreifenden und berufsfeldbezogenen Kompetenzen sowie durch umfangreiche begleitete Praxislernphasen in Betrieben die Voraussetzungen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit verbessern soll. Die Aufnahme setzt einen Schulabschluss nicht voraus. Der Bildungsgang kann in Kooperation mit den außerschulischen Bildungsträgern durchgeführt werden. Er führt zu keinem Berufsabschluss, kann jedoch den Erwerb von Qualifizierungsbausteinen vorsehen. Der Erwerb schulischer Abschlüsse ist möglich. Der Bildungsgang kann mit Vollzeit- oder Teilzeitunterricht durchgeführt werden, er dauert in beiden Fällen in der Regel ein Schuljahr. Absatz 1 Satz 6 gilt entsprechend.  
(4) Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die durch den Bildungsgang nach Absatz 3 nicht oder nicht hinreichend gefördert werden können, kann der Bildungsgang um ein Schuljahr verlängert werden. Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulpflicht an einer Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ erfüllt haben, absolvieren den Bildungsgang stets in zweijähriger Form.  
(5) Schülerinnen und Schüler, die an einem öffentlich geförderten, auf eine berufliche Erstausbildung vorbereitenden Bildungsgang von in der Regel einjähriger Dauer teilnehmen und keinen studienqualifizierenden Schulabschluss (Fachhochschulreife, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) erworben haben, erhalten Berufsschulunterricht; dieser Unterricht orientiert sich an den Zielen und Inhalten des Bildungsgangs.  
(6) Die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, das Nähere über die Berufsschule durch Rechtsverordnung zu regeln, insbesondere
  1. den Inhalt, den Umfang und die Organisation der Ausbildungen,
  2. die Festlegung, die Verteilung und die Vermehrung der in Absatz 2 vorgesehenen Unterrichtsstunden,
  3. die Ausgestaltung des kooperativen und des schulischen Berufsgrundbildungsjahres,
  4. die Ausgestaltung der Bildungsgänge nach den Absätzen 3 bis 5,
  5. die Voraussetzungen für den Erwerb der Berufsbildungsreife, der erweiterten Berufsbildungsreife sowie des mittleren Schulabschlusses; dabei können Abweichungen von § 21 Absatz 2 vorgesehen werden,
  6. die Voraussetzungen zum Erwerb der Fachhochschulreife sowie der

fachgebundenen und allgemeinen Hochschulreife in doppelt qualifizierenden Bildungsgängen (§ 33).“

7. Nummer 17 wird wie folgt gefasst:

a) § 30 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Berufsfachschule vermittelt Schülerinnen und Schülern, die nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen, in Bildungsgängen die für den gewählten Beruf erforderlichen praktischen Fertigkeiten und theoretischen Kenntnisse und erweitert ihre Allgemeinbildung. Sie übernimmt als Vollzeitschule die Berufsausbildung der Jugendlichen für die ganze oder einen Teil der vorgeschriebenen oder üblichen Ausbildungszeit. Die Ausbildung an der Berufsfachschule schließt mit einer schulischen Prüfung ab, sofern die Berufsausbildung nicht mit einer Prüfung nach dem Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. [931](#)), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung oder der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074, 2006 I S. 2095), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2143) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung abschließt. § 29 Absatz 3 gilt entsprechend. Die Berufsfachschule ermöglicht zusätzlich den Erwerb schulischer Abschlüsse.“

b) § 30 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Aufnahme in die Berufsfachschule setzt vorbehaltlich des Satzes 2 bei einem mindestens zweijährigen Bildungsgang mindestens die Berufsbildungsreife oder eine gleichwertige Schulbildung voraus. Erfordert ein Bildungsgang eine über die Berufsbildungsreife oder eine jeweils gleichwertige Schulbildung hinausgehende Schulbildung, wird für die Aufnahme der mittlere Schulabschluss vorausgesetzt. Bei Bildungsgängen, die besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten voraussetzen, kann die Aufnahme zusätzlich vom Ergebnis einer entsprechenden Eignungsfeststellung abhängig gemacht werden.“

c) In § 30 Absatz 5 Nummer 3 werden nach dem Wort „Teilzeitformen“ ein Komma und die Wörter „wobei in Vollzeitbildungsgängen der Berufsfachschule für Pflegehilfe eine kürzere als die in Absatz 3 Satz 1 vorgegebene Probezeit vorgesehen werden kann“ eingefügt.

8. Die laufende Nummer 20 wird wie folgt gefasst:

§ 37 wird wie folgt gefasst:

„(1) Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben einen Anspruch eine allgemeine Schule zu besuchen, wenn sie oder bei nicht volljährigen Schülerinnen und Schülern ihre Erziehungsberechtigten dies wünschen.

(2) Im gemeinsamen Unterricht in der allgemeinen Schule wird zielgleich oder zielfähig nach den geltenden Rahmenlehrplänen und Vorschriften unterrichtet. Der zielgleiche Unterricht ist auf den Erwerb eines Schulabschlusses nach § 21 Absatz 1 oder des Abiturs ausgerichtet. Organisatorische und methodische Abweichungen sind zulässig, soweit die Art der Behinderung oder Beeinträchtigung es erfordert. Sonderpädagogisch geförderte Schülerinnen und Schüler können zeitweilig in gesonderten Lerngruppen unterrichtet werden, wenn dies im Einzelfall pädagogisch geboten ist.

(3) Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ werden bis Jahrgangsstufe 10, Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ werden während des gesamten Schulbesuchs zielfähig unterrichtet. In den Unterrichtsfächern, in denen die Leistungsanforderungen der allgemeinen Schule erfüllt werden können, richten sich die Lernziele und Leistungsanforderungen nach denen der allgemeinen Schule. Diese Schülerinnen und Schüler rücken bis in die Jahrgangsstufe 10 jeweils mit Beginn eines Schuljahres in die nächsthöhere Jahrgangsstufe auf. Für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ darf eine Wiederholung einer Jahrgangsstufe abweichend von § 59 Absatz 4



Satz 1 nur angeordnet werden, wenn zu erwarten ist, dass sie dadurch einen oder einen höherwertigen schulischen Abschluss erreichen.

(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter der allgemeinen Schule darf eine angemeldete Schülerin oder einen angemeldeten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nur abweisen, wenn für eine angemessene Förderung die personellen, sächlichen und organisatorischen Möglichkeiten nicht vorhanden sind. Ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter eine Aufnahme nach Satz 1 nicht möglich, so legt sie oder er den Antrag der Schulaufsichtsbehörde vor. Diese richtet zur Vorbereitung ihrer Entscheidung einen Ausschuss ein, der die Erziehungsberechtigten und die Schule anhört. Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet im Einvernehmen mit der zuständigen Schulbehörde abschließend auf der Grundlage einer Empfehlung des Ausschusses und unter Beachtung der personellen, sächlichen und organisatorischen Möglichkeiten über die Aufnahme der Schülerin oder des Schülers in die gewählte allgemeine Schule, eine andere allgemeine Schule oder im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten eine Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt.“

9. Die laufende Nummer 22 wird wie folgt gefasst:

§ 38 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt sind Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen I und II für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Organisation dieser Schulen richtet sich nach den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten „Sehen“, „Hören und Kommunikation“, „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Lernen“, Sprache“ und „Geistige Entwicklung“. Im Bereich der beruflichen Schulen stehen für die sonderpädagogische Förderung Berufsschulen mit sonderpädagogischen Aufgaben zur Verfügung.

(2) Schulpflichtige besuchen die für sie geeignete Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, wenn deren Erziehungsberechtigte es wünschen oder ihr Einvernehmen gemäß § 37 Absatz 4 erklärt haben.“

b) Absatz 3 wird aufgehoben.

10. Die laufende Nummer 28 wird wie folgt gefasst:

§ 55a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 werden nach dem Wort „Fremdsprachenangebot“ ein Komma und die Wörter „den Besuch einer Primarstufe der Gemeinschaftsschule“ eingefügt.

b) Nach Absatz 2 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:

„(3) Schulpflichtige Kinder, die aufgrund einer Änderung des Einschulungsbereichs nicht mehr in dem Einschulungsbereich der Grundschule wohnen, die als zuständige Grundschule von einem älteren Geschwisterkind besucht wird, werden auf Antrag der Erziehungsberechtigten den Schülerinnen und Schülern gleichgestellt, die in diesem Einschulungsbereich wohnen. Bei einem Antrag nach Satz 1 wird diese Schule zu der für sie zuständigen Grundschule.“

c) Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden die Absätze 4 bis 7.

d) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Die Absätze 1 bis 7 finden auf die Aufnahme in die Primarstufe der Gemeinschaftsschule entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass Plätze für außerhalb des Einschulungsbereichs wohnende Kinder gemäß § 54 Absatz 5 bereitgestellt werden.“

11. Die laufende Nummer 31 wird wie folgt geändert:

a) lit. c) bb) wird wie folgt gefasst:

Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Schulen dürfen den Schulzahnärztlichen und den Schulärztlichen Diensten mit Einwilligung der betroffenen Personen oder deren Erziehungsberechtigten die

Namen, Geburtsdaten und Anschriften der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler sowie zur Benachrichtigung über die medizinischen Befunde die Namen und Anschriften der Erziehungsberechtigten der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler übermitteln.“

b) lit. g) wird wie folgt gefasst:

Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr können Schülerinnen und Schüler die Rechte aus Artikel 15 (Auskunftsrecht), Artikel 16 (Recht auf Berichtigung), Artikel 17 (Recht auf Löschung), Artikel 18 (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung), Artikel 21 (Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung) der Datenschutz-Grundverordnung und das Recht auf Einsicht in über die Person der Schülerin oder des Schülers geführte Akten aus § 24 des Berliner Datenschutzgesetzes vom 13. Juni 2018 (GVBl. S. 418) in der jeweils geltenden Fassung auch ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten geltend machen, soweit die Schulleiterin oder der Schulleiter deren Zustimmung nicht für erforderlich hält; dies gilt auch für die Erteilung der Einwilligung in den Fällen des Absatzes 5 Satz 2 Nummer 1.“

12. Die laufende Nummer 32 wird wie folgt gefasst:

§ 64a wird wie folgt gefasst:

„(1) - (8) (unverändert)

(9) Gegenüber dem jeweils zuständigen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrum sind die für die Feststellung des Förderbedarfs erforderlichen personenbezogenen Daten, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten, derjenigen Schülerinnen und Schüler offen zu legen, hinsichtlich derer das Bestehen sonderpädagogischen Förderbedarfs geprüft werden soll.“

13. Hinter der laufenden Nummer 34 wird folgende neue laufende Nummer 34a eingefügt:

34a. § 67 wird wie folgt geändert:

a) § 67 erhält folgenden neuen Absatz 4:

„(4) Die Lehrkräfte arbeiten und gestalten den Unterricht auf der Basis der Werte des Grundgesetzes und entsprechend des in § 1 dieses Gesetzes formulierten Auftrages und den in den §§ 2 und 3 formulierten Bildungs- und Erziehungszielen der demokratischen Schule.“

b) Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden Absätze 5 bis 7.

14. Hinter der laufenden Nummer 34a wird folgende laufende Nummer 34b eingefügt:

34b. § 69 Absatz 4 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Dazu ist sie oder er verpflichtet,

1. sich über den ordnungsgemäßen Ablauf der Unterrichts- und Erziehungsarbeit zu informieren,

2. die Lehrkräfte sowie die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beraten,

3. in die Unterrichts- oder Erziehungsarbeit bei Verstoß gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften, Weisungen der Schulaufsichtsbehörde und der Schulbehörde oder Beschlüsse der schulischen Gremien oder bei Mängeln in der Qualität der pädagogischen Arbeit einzugreifen und

4. auf eine partizipative, diskriminierungsfreie und demokratische Schulkultur hinzuwirken.“

15. Die laufende Nummer 41 wird wie folgt gefasst:

§ 85 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) An jeder Schule der Sekundarstufen I und II wird eine Gesamtschülerversammlung gebildet, die innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Unterrichts die erste Sitzung abhält. Stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtschülerversammlung sind alle in einer Schule gewählten Sprecherinnen und Sprecher sowie die Schulsprecherin oder der Schulsprecher und deren oder dessen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. An

Gemeinschaftsschulen sowie weiterführenden Schulen, die mit einer Grundschule verbunden sind, sind die Sprecherinnen und Sprecher der Jahrgangsstufen 5 und 6 stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtschülervertretung; die Sprecherinnen und Sprecher der Jahrgangsstufen 3 und 4 nehmen beratend an der Gesamtschülervertretung teil."

16. Hinter der laufenden Nummer 49 wird folgende neue laufende Nummer 49a eingefügt:

49a. § 119 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte des betreffenden Schulbeirates. Zur Unterstützung der Bezirksschulbeiräte sowie der Bezirksausschüsse wird beim zuständigen Bezirksamt, zur Unterstützung des Landesschulbeirates und des Beirates Beruflicher Schulen sowie der Landesausschüsse bei dem für das Schulwesen zuständigen Mitglied des Senats eine Geschäftsstelle eingerichtet.“

17. Die laufende Nummer 50 wird wie folgt gefasst:

50. Dem § 129 werden folgende Absätze 8 bis 11 angefügt

„(8) Die Einschulungsbereiche für Gemeinschaftsschulen werden beginnend mit dem Einschulungsverfahren zum Schuljahr 2020/2021 verbindlich gemäß § 54 Absatz 5 in der ab dem Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 27 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung festgelegt. Für das Einschulungsverfahren und das Aufnahmeverfahren für das Schuljahr 2019/2020 findet § 17a Absatz 5 in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des vorgenannten Gesetzes geltenden Fassung weiter Anwendung, sofern die zuständige Schulbehörde nicht bereits Einschulungsbereiche gemäß § 54 Absatz 5 in der in Satz 1 genannten Fassung gebildet hat. Für das Übergangs- und Aufnahmeverfahren für das Schuljahr 2019/2020 in die Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule findet § 17a Absatz 5 in der in Satz 2 genannten Fassung ebenfalls weiter Anwendung.

(9) Beschlüsse der Schulkonferenz gemäß § 76 Absatz 1 Nummer 9 und § 58 Absatz 4 Satz 6 und 7 in der ab dem Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 37 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung können erstmals mit Wirkung für das Schuljahr 2019/2020 getroffen werden. Die bisherigen Festlegungen im Schulprogramm gemäß § 17a Absatz 6 Satz 2 in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des in Satz 1 genannten Gesetzes geltenden Fassung gelten für das Schuljahr 2018/19 fort.

(10) Schulen, die an der Pilotphase der Gemeinschaftsschule gemäß § 17a in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung teilgenommen haben, sind ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens von Artikel 1 Nummer 13 des vorgenannten Gesetzes Gemeinschaftsschulen im Sinne dieses Gesetzes.

(11) Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Artikel 1 Nummer 17 und 18 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weitere Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] Lehrgänge nach § 29 Absatz 3 und 4 oder einjährige Bildungsgänge nach § 30 Absatz 1 in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung besuchen, beenden diese Lehrgänge nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen.“

Artikel 12 Absätze 4 und 5 werden wie folgt gefasst:

(4) Artikel 1 Nummer 21, 23 b) und c), 38 und 42, Artikel 2 Nummer 1 a) und b), Artikel 4 bis 6 und Artikel 11 treten am 1. August 2019 in Kraft.

(5) Artikel 1 Nummer 29 e) bb) tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

Bei § 18 „Schulversuche, Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ wird nach Absatz 4 als neuer Absatz 5 eingefügt:

„Voraussetzung für die Überführung eines Schulversuchs in ein flächendeckendes pädagogisches und organisatorisches Konzept (Regelschule) ist, (1.) alle Klassenstufen müssen im Schulversuchszeitraum einmal von Schüler/-innen durchlaufen und (2.) der Schulversuch muss zwingend wissenschaftlich positiv evaluiert worden sein.“

Begründung erfolgt mündlich.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

Der § 23 „Gemeinschaftsschule“ einschließlich aller Bezugnahmen in den weiteren Paragraphen des „Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften“ wird gestrichen.

Begründung erfolgt mündlich.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(32) § 64a Absatz (2) wird neu gefasst:

**„Ersatzschulen können zur Teilnahme verpflichtet werden, soweit hierfür im Hinblick auf die Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht, die Durchführung des Aufnahme- und Übergangsverfahrens oder die Finanzierung die zu erhebenden Daten notwendig sind.** Die Schulen bleiben für die von ihnen im Fachverfahren verarbeiteten Daten datenschutzrechtlich verantwortlich. Die Datenschutzrechtliche Gesamtverantwortung für das Fachverfahren liegt bei der Schulaufsichtsbehörde.“

Begründung:

Das Wort „insbesondere“ der Drs. 18/1398 öffnet diese Klausel aber unbeschränkt für alles Weitere. Die Regelung muss und darf nicht für alles andere unspezifisch offengelassen werden. Sollte in Zukunft noch etwas Notwendiges dazu kommen, müsste das durch eine Gesetzesänderung erfolgen. Sonst verfehlt die Formulierung das vom Grundgesetz geforderte Wesentlichkeitsprinzip: Bereits im Gesetz müssen die wesentlichen Punkte abschließend ersichtlich sein, zu denen Verordnungen dann detailliertere Regelungen spezifizieren können.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(31/c/bb) § 64 Abs. 3 Satz 2 wird neu gefasst:

„Die Schulen dürfen den Schulzahnärztlichen und Schulärztlichen Diensten die Namen, Geburtsdaten und Anschriften der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler übermitteln.“

Gestrichen wird: „sowie zur Benachrichtigung über die medizinischen Befunde die Namen und Anschriften der Erziehungsberechtigten der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler“

Begründung: Es konnte durch den Senat keine Notwendigkeit einer Datenspeicherung der Namen und Anschriften von Eltern/Erziehungsberechtigten auf Vorrat zur Erfüllung des Arbeitsauftrages der Gesundheitsämter nachgewiesen werden. In der Befassung ist vielmehr der Eindruck entstanden, dass nur Einzelfälle Anlass der Neuregelung sind. Diese einzelnen Ausnahmefälle sind nicht ausreichend für eine Speicherung auf Vorrat, die Erziehungsberechtigten dieser Einzelfälle können auch über die Schulen kontaktiert werden. Es gilt entsprechend der Grundverordnung der Aspekt der Datenvermeidung und Datensparsamkeit.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(31/C/CC) § 64 Absatz 3 Satz 3 (neu):

„cc) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „sonstige“ durch die Wörter „vorstehend nicht genannte“ ersetzt und es werden nach dem Wort „Einwilligung“ die Wörter „der betroffenen Person“ eingefügt.“

wird gestrichen.

Begründung: Der Empfehlung der Datenschutzbeauftragten ist zu entsprechen. Die Regelung spiegelt den Schulen eine falsche Rechtssicherheit vor, da die Einwilligung aufgrund des besonderen Über-/ Unterordnungsverhältnisses zwischen Schülerinnen und Schülern einerseits und der Schule andererseits gerade keine Rechtsgrundlage für die Schulen darstellen kann.



Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(31 e) § 64 Absatz 6 wird neu gefasst:

Schulen sind darüber hinaus berechtigt, personenbezogene Daten über die Inanspruchnahme im Hinblick auf die in Satz 1 genannten Leistungen zu verarbeiten, um sie als Einzelangabe im Sinne von § 65 Absatz 4 Satz 3 an die Schulaufsichtsbehörde zu übermitteln.

Begründung:

Die Anhörung des Ausschuss hat ergeben, dass die vorliegende Gesetzesänderung ermöglichen soll, Daten über die Schüler/-innen zu erfassen, die einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe haben. Den Eltern ist freigestellt, diese Leistungen zu beantragen und in Anspruch zu nehmen, wie es SGB I für jede Sozialleistungen aufzeigt.

Es ist das Ziel Daten darüber zu verarbeiten, welche Schüler Schüler/-innen Leistungen für Bildung und Teilhabe beansprucht haben.

## Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(31f) § 64 Absatz 7 Satz 2 wird neu gefasst:

(7) Personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern und den in Satz 2 genannten Personen dürfen mit Einwilligung der betroffenen Personen, sofern sie das 15. Lebensjahr vollendet haben, anderenfalls mit Einwilligung ihrer Erziehungsberechtigten, zum Zweck der Beratung über und der Vermittlung in Ausbildung und Beruf an die Bundesagentur für Arbeit und an Jobcenter übermittelt werden. Die Schulaufsichtsbehörde darf personenbezogene Daten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die beim Verlassen der Schule weder eine Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben noch eine Berufsausbildung beginnen, bis zur Vollendung ihres 21. Lebensjahres verarbeiten zu dem Zweck, diese Personen für eine Qualifizierungsmaßnahme oder Berufsausbildung zu gewinnen und in eine solche zu vermitteln. Die Schulaufsichtsbehörde unterrichtet die betroffenen Personen nach der Beendigung des Schulverhältnisses über die fortdauernde Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und dem Zweck der Verarbeitung. Gleichzeitig wird die betroffene Person auf das Recht eines unbegründeten Widerspruchs hingewiesen.

Begründung:

Die Anhörung des Ausschuss hat ergeben, dass das gewählte Widerspruchskonstrukt, mit Bezug auf Artikel 21 Datenschutzgrundverordnung, eine Beweislastumkehr mit sich bringt und der/die Betroffene seinen Widerspruch begründen müsste. Da nach Beendigung der Schulpflicht kein Schulrechtsverhältnis mehr besteht und auch das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung zu garantieren ist, kann hier nur eine Regelung mit unbegründeter Widerspruchsmöglichkeit angemessen sein.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(31 g) § 64 Absatz 8(neu):

„Artikel 20 (Recht auf Datenübertragbarkeit),“

wird gestrichen.

Begründung: § 20 DSGVO kommt nicht zur Anwendung, soweit die Verarbeitung der Daten zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, erforderlich ist (vgl. Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO)

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(32.) § 64a Absatz (9) wird neu gefasst:

(9) Gegenüber dem jeweils zuständigen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrum sind die personenbezogenen Daten, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten, derjenigen Schülerinnen und Schüler offen zu legen, **insoweit sie hinsichtlich der Prüfung des Bestehens eines sonderpädagogischen Förderbedarfs erforderlich sind.**“

Begründung: Die Datenschutzbeauftragte hat auf die Anpassungsnotwendigkeit hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Terminologie hingewiesen.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

(34 b) § 66 Nr. 13 wird gestrichen.

Begründung: Die Anhörung des Ausschuss hat ergeben, dass die Einführung einer Verarbeitungsbefugnis bei gleichzeitiger Änderung von § 66 Nr. 13 und die damit einhergehende Ermöglichung des Erlasses einer Rechtsverordnung zur weiteren Ausgestaltung, auch im Rahmen der Berliner Schuldatenverordnung, von besonders sensiblen Daten nach Artikel 9 der Datenschutzgrundverordnung, wie bspw. Familiensprache (ethnische Herkunft), Religions-, Weltanschauungszugehörigkeit und Gesundheit nicht ausreichend ist. Hierzu bedarf es aufgrund der Betroffenheit des Grundrechtskerns und im Sinne der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts ein Parlamentsgesetz.

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

(36) §74a Krisenteams wird der zweite Satz ergänzt:

„Aufgabe des Krisenteams ist die Gewalt- und Krisenprävention in der Schule, eine jährliche Übung, Umsetzung der erarbeiteten Konzepte im Akutfall sowie die Nachsorge.“

Begründung: erfolgt mündlich

Änderungsantrag FDP Fraktion Berlin zu

Drucksache 18/1398

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Es möge beschlossen werden:

§ 77

a) Angefügter Satz wird neu gefasst

„Anstelle der in Satz 1 Nummer 5 genannten Person treten an beruflichen Schulen je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer **aus den an der Schule vertretenen Unternehmen.**“

„Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend“ wird gestrichen.

Begründung: Die Zusammenarbeit von Berufsschulen und Unternehmen sollen gestärkt werden. Außerdem werden die schulischen Gremien gestärkt, indem die Mitglieder der Schulkonferenz je einen Vertreter der Schulpartner aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Bereich benennen können. Außerdem kann auf bestehende Vertrauensverhältnisse aufgebaut werden.

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

Stand: 22. November 2018

## Synopse

### Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1398

### Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften/ Änderungsanträge der Fraktionen sowie die hierzu gefassten Beschlüsse

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                            | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Bemerkung                                                                                                 |
|----------|---------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1        | § 2 (Recht auf Bildung und Erziehung) | <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung ungeachtet seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, einer Behinderung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung seiner Erziehungsberechtigten.</p> | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Hinter der laufenden Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:</p> <p>1a. § 2 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige, diskriminierungsfreie schulische Bildung und Erziehung ungeachtet insbesondere einer möglichen Behinderung, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung, des Geschlechts, der Geschlechtsidentität, der sexuellen Orientierung, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen, der Sprache, der Nationalität, der sozialen und familiären Herkunft seiner selbst und seiner Erziehungsberechtigten oder aus vergleichbaren Gründen.“</b></p> | <p><b>angenommen</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP)</p> |



| Lfd. Nr. | Seitenzahl                              | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Bemerkung                                                                                   |
|----------|-----------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2        | § 3 (Bildungs- und Erziehungsziele)     | 2. die Gleichstellung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,                                                                                                                                                                                       | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Hinter der laufenden Nummer 1a wird folgende Nummer 1b eingefügt:</p> <p>1b. § 3 Absatz 3 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„2. die Gleichstellung aller Geschlechter auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,“</b></p>                                                                                                                                                                                                         | <p><b>angenommen</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen CDU und AfD)</p> |
| 3        | § 4 (Grundsätze für die Verwirklichung) | (2) Jede Schule trägt die Verantwortung dafür, dass die Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihren Lernausgangslagen, an ihrer Schule zu ihrem bestmöglichen Schulabschluss geführt werden. Die Schule ist so zu gestalten, dass die gemeinsame Unterrichtung und Erziehung sowie das gemeinsame Lernen der Schülerinnen und Schüler verwirklicht, Benachteiligungen | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Hinter der laufenden Nummer 1b wird folgende Nummer 1c eingefügt:</p> <p>1c. § 4 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„(2) Jede Schule trägt die Verantwortung dafür, dass die Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihren Lernausgangslagen, an ihrer Schule zu ihrem bestmöglichen Schulabschluss geführt werden. Die Schule ist inklusiv zu gestalten, so dass die gemeinsame Unterrichtung und Erziehung sowie das gemeinsame Lernen der Schülerinnen und Schüler verwirklicht, Benachteiligungen ausgeglichen und</b></p> | <p><b>angenommen</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP)</p> |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                                                           | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Bemerkung                                                                       |
|----------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                                                      | ausgeglichen und Chancengleichheit hergestellt werden. Dabei ist das Prinzip des Gender Mainstreaming und die interkulturelle Ausrichtung der Schulgestaltung zu berücksichtigen, wonach alle erziehungs- und bildungsrelevanten Maßnahmen und Strukturen unter Einbeziehung der Geschlechterperspektive und der interkulturellen Perspektive zu entwickeln sind. Der Unterricht ist nach Inhalt und Organisation so zu differenzieren, dass alle Schülerinnen und Schüler Lern- und Leistungsfortschritte machen können. | <b>Chancengleichheit hergestellt werden. Dabei ist das Prinzip des Gender Mainstreaming und die interkulturelle Ausrichtung der Schulgestaltung zu berücksichtigen, wonach alle erziehungs- und bildungsrelevanten Maßnahmen und Strukturen unter Einbeziehung der Geschlechterperspektive und der interkulturellen Perspektive zu entwickeln sind. Schulen sind verpflichtet, Schülerinnen und Schüler vor Diskriminierungen wegen der in § 2 Abs. 1 genannten Gründe zu schützen. Der Unterricht ist nach Inhalt und Organisation so zu differenzieren, dass alle Schülerinnen und Schüler Lern- und Leistungsfortschritte machen können.“</b> |                                                                                 |
| 4        | S. 5<br>§ 12<br><b>(Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Querschnittsaufgaben, Lernfelder, Ethik)</b> | (4) Übergreifende Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schule werden als Querschnittsaufgaben in den Fächern, fachübergreifend, in Lernbereichen und im Rahmen spezifischer Angebote und Projekte der Schule berücksichtigt. Querschnittsaufgaben sind insbesondere Sprach- und Medienbildung, Berufs- und Studienorientierung, Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt, Demokratiebildung einschließlich Menschenrechts- und Friedenserziehung ,                                                                              | <b>Änderungsantrag der AfD-Fraktion</b><br>(Drucksache 18/1398-1)<br><br>§ 12 (4) des Schulgesetzes für das Land Berlin erhält folgende Fassung:<br><br><b>Übergreifende Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schule werden als Querschnittsaufgaben in den Fächern, fachübergreifend, in Lernbereichen und im Rahmen spezifischer Angebote und Projekte der Schule berücksichtigt.</b><br><br><b>Querschnittsaufgaben sind:</b><br><b>1.) Die Weitergabe des deutschen Sprachschatzes und der Kenntnis über die Vielfalt der Möglichkeiten seines Gebrauchs;</b>                                                                                | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD) |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Bemerkung |
|-------------|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|             |            | <p>Europabildung in der Schule, Gesundheitsförderung und Suchtprävention, Gewaltprävention, Erziehung zur Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter, interkulturelle Bildung und Erziehung, kulturelle Bildung, Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung, Bildung zur nachhaltigen Entwicklung und Lernen in globalen Zusammenhängen, Sexualerziehung und Bildung für sexuelle Selbstbestimmung, Verbraucherbildung sowie die Erziehung zu Bewegung und Sport, einschließlich der Vermittlung von Freude an der Bewegung und der Bedeutung für die Gesundheit. Die Schulkonferenz entscheidet auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, wie die Querschnittsaufgaben bei der Ausgestaltung des Schulprogramms berücksichtigt werden.</p> | <p>2.) Die Förderung der Kompetenz im Umgang mit Medien, auch mit Zeitungen, Zeitschriften und Büchern;</p> <p>3.) Die Orientierung hin auf die Wahl von Studienfächern und Ausbildungsgängen;</p> <p>4.) Die Vermittlung der Entstehungsgeschichte und der Inhalte allgemeiner Menschenrechte sowie der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten innerhalb der Demokratie;</p> <p>5.) Die Unterstützung dabei, die eigene Position in der Gesellschaft reflektiert betrachten zu können;</p> <p>6.) Die Befähigung dazu, einen eigenen Standpunkt gegenüber konkurrierenden Normen- und Wertesystemen und Lebensentwürfen entwickeln zu können;</p> <p>7.) Die Erziehung zum richtigen Verhalten im Straßenverkehr und zur angemessenen Wahl von Transportmitteln;</p> <p>8.) Die Erhöhung des Risikobewusstseins in Bezug auf den Umgang mit psychoaktiven Substanzen und Verhaltenssüchten wie Essstörungen und Glücksspielen;</p> <p>9.) Die Anregung und Anleitung zu sportlicher Betätigung.</p> <p>Die Schulkonferenz entscheidet auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, wie die Querschnittsaufgaben bei der Ausgestaltung des Schulprogramms be-</p> |           |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                                                           | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Bemerkung                                                                           |
|----------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                                                      |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | rücksichtigt werden.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                     |
| 5        | S. 6<br>§ 12<br><b>(Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Querschnittsaufgaben, Lernfelder, Ethik)</b> | (7) Satz 2<br>Ihr Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern das ihrem Alter und ihrer Reife angemessene Wissen über biologische und gesellschaftliche Zusammenhänge sowie die Vielfalt der Lebensweisen und unterschiedlichen kulturellen Werte und Normen zu vermitteln und sie zu verantwortlichem Handeln gegenüber sich selbst und den anderen in Familie, Partnerschaft und Gesellschaft zu befähigen. | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Die laufende Nummer 5 wird um folgenden lit. d) ergänzt:<br><br>d) Absatz 7 Satz 2 wird wie folgt gefasst:<br><br><b>„Ihr Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern das ihrem Alter und ihrer Reife angemessene Wissen über biologische und gesellschaftliche Zusammenhänge sowie die Vielfalt der Lebensweisen und unterschiedlichen kulturellen Werte und Normen zu vermitteln und sie zu selbstbestimmtem und verantwortlichem Handeln gegenüber sich selbst und den anderen in Familie, Partnerschaft und Gesellschaft zu befähigen.“</b> | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen CDU und AfD) |
| 6        | S. 6<br>§ 16 <b>(Einführung von Schulbüchern und anderen Unterrichtsmedien)</b>                      | § 16 Abs. 1 Nr. 5:                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Hinter der laufenden Nummer 7 wird folgende Nummer 7a eingefügt:<br><br>7a. § 16 Absatz 1 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen CDU und AfD) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                                                   | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                    | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Bemerkung                                                                                         |
|----------|----------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                                              | nicht ein geschlechts-, religions- oder rassendis-<br>kriminierendes Verständnis fördern. | <b>„5. nicht ein geschlechts-, religions- oder rassendis-<br/>kriminierendes Verständnis fördern und nicht den<br/>Bildungs- und Erzielungszielen gemäß §§ 2 und 3<br/>zuwiderlaufen.“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                                                                   |
| 7        | S. 7<br>§ 18<br><b>(Schulversuche,<br/>Schulen besonderer<br/>pädagogischer<br/>Prägung)</b> |                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>Bei § 18 „Schulversuche, Schulen besonderer<br>pädagogischer Prägung“ wird nach Absatz 4 als neuer<br>Absatz 5 eingefügt:<br><br><b>„Voraussetzung für die Überführung eines<br/>Schulversuchs in ein flächendeckendes<br/>pädagogisches und organisatorisches Konzept<br/>(Regelschule) ist, (1.) alle Klassenstufen müssen im<br/>Schulversuchszeitraum einmal von Schüler/-innen<br/>durchlaufen und (2.) der Schulversuch muss<br/>zwingend wissenschaftlich positiv evaluiert worden<br/>sein.“</b> | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich<br>mit SPD,<br>CDU,<br>LINKE,<br>GRÜNE und<br>AfD gegen<br>FDP) |
| 8        | § 20 (Grundschule)                                                                           |                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU</b><br><br>Abschnitt II, § 20, nach Abs. 4 des Schulgesetzes für das<br>Land Berlin(SchulG) wird folgender Abs. 5 neu<br>eingefügt (die bisherigen Absätze 5 bis 8 werden zu<br>Absätzen 6 bis 9):<br><br><b>„In der Jahrgangsstufe 4 finden zentrale<br/>Vergleichsarbeiten bzw. Prüfungen zur<br/>Sicherstellung des Erreichens der Grundfertigkeiten</b>                                                                                                                                                         | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich<br>mit SPD,<br>LINKE und<br>GRÜNE gegen<br>CDU, AfD und<br>FDP) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                   | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                    | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | Bemerkung                                                                                        |
|----------|----------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                              |                                                                                                                                                                                                                           | <b>Lesen, Schreiben und Rechnen statt.“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                                                  |
| 9        | S. 8<br>§ 23<br><b>(Gemeinschaftsschule)</b> |                                                                                                                                                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>Der § 23 „Gemeinschaftsschule“ einschließlich aller Bezugnahmen in den weiteren Paragraphen des „Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften“ wird gestrichen.                                                                                                                                              | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP bei Enthaltung CDU) |
| 10       | S. 9<br>§ 26 (Gymnasium)                     | (3) In der Sekundarstufe I werden die Abschlüsse gemäß § 21 Absatz 1 vergeben. Der mittlere Schulabschluss berechtigt bei entsprechender Qualifikation zum Übergang in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe. | <b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU</b><br><br>§ 26 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt geändert:<br><br><b>„Der mittlere Schulabschluss (MSA) wird bei Versetzung in Klasse 11 automatisch verliehen. Ein eigenes Prüfungsverfahren findet nicht statt. Sollte die Versetzung in Klasse 11 nicht erfolgen, kann der MSA extern abgelegt werden.“</b> | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP)               |
| 11       | S. 9<br>§ 29 (Berufsschule)                  |                                                                                                                                                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Hinter der laufenden Nummer 16 wird folgende Nummer 16a eingefügt:<br><br>16a. § 29 wird wie folgt gefasst:                                                                                                                                                              | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE gegen AfD bei Enthaltung CDU und        |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Bemerkung |
|-------------|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|             |            | <p>(3) Schülerinnen und Schüler, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen, sind berechtigt, im Anschluss an die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht einen Lehrgang mit Teilzeit- oder Vollzeitunterricht zu besuchen, der durch Erweiterung der Allgemeinbildung und Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse die Voraussetzungen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit verbessern soll. Die Aufnahme setzt einen Schulabschluss nicht voraus. Die Lehrgänge können in Kooperation mit den außerschulischen Bildungsträgern durchgeführt werden; sie führen zu keinem Berufsabschluss, sollen den Schülerinnen und Schülern jedoch den Erwerb von Qualifizierungsbausteinen ermöglichen.</p> <p>(4) Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die durch einen Lehrgang im Sinne des Absatzes 3 nicht oder</p> | <p>„(1) unverändert<br/>(2) unverändert<br/><b>(3) Schülerinnen und Schüler, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen, sind berechtigt, im Anschluss an die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht den Bildungsgang „Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung“ zu besuchen, der auf der Grundlage des individuellen Leistungsvermögens der Schülerinnen und Schüler durch Erweiterung der berufsfeldübergreifenden und berufsfeldbezogenen Kompetenzen sowie durch umfangreiche begleitete Praxislernphasen in Betrieben die Voraussetzungen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit verbessern soll. Die Aufnahme setzt einen Schulabschluss nicht voraus. Der Bildungsgang kann in Kooperation mit den außerschulischen Bildungsträgern durchgeführt werden. Er führt zu keinem Berufsabschluss, kann jedoch den Erwerb von Qualifizierungsbausteinen vorsehen. Der Erwerb schulischer Abschlüsse ist möglich. Der Bildungsgang kann mit Vollzeit- oder Teilzeitunterricht durchgeführt werden, er dauert in beiden Fällen in der Regel ein Schuljahr. Absatz 1 Satz 6 gilt entsprechend.</b><br/><b>(4) Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die durch den Bildungsgang nach Absatz 3 nicht oder nicht hinreichend gefördert werden können, kann der Bildungsgang</b></p> | FDP)      |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Bemerkung |
|-------------|------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|             |            | <p>nicht hinreichend gefördert werden können, werden nach Beendigung des zehnten Schuljahres zweijährige Lehrgänge mit Vollzeitunterricht eingerichtet.</p> <p>(5) Schülerinnen und Schüler, die an einem öffentlich geförderten, auf eine berufliche Erstausbildung vorbereitenden Lehrgang von in der Regel einjähriger Dauer (berufsvorbereitender Lehrgang) teilnehmen und keinen studienqualifizierenden Schulabschluss (Fachhochschulreife, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) erworben haben, erhalten Berufsschulunterricht; dieser Unterricht orientiert sich an den Zielen und Inhalten des Lehrgangs.</p> <p>(6) Die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, das Nähere über die Berufsschule durch Rechtsverordnung zu regeln, insbesondere</p> <p>1.den Inhalt, den Umfang und die Organisation der Ausbildungen,</p> <p>2.die Festlegung, die Verteilung und die Vermehrung der in Absatz 2 vorgesehenen Unterrichtsstunden,</p> <p>3.die Ausgestaltung des kooperativen und des</p> | <p><b>um ein Schuljahr verlängert werden. Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulpflicht an einer Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ erfüllt haben, absolvieren den Bildungsgang stets in zweijähriger Form.</b></p> <p><b>(5) Schülerinnen und Schüler, die an einem öffentlich geförderten, auf eine berufliche Erstausbildung vorbereitenden Bildungsgang von in der Regel einjähriger Dauer teilnehmen und keinen studienqualifizierenden Schulabschluss (Fachhochschulreife, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) erworben haben, erhalten Berufsschulunterricht; dieser Unterricht orientiert sich an den Zielen und Inhalten des Bildungsgangs.</b></p> <p><b>(6) Die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, das Nähere über die Berufsschule durch Rechtsverordnung zu regeln, insbesondere</b></p> <p><b>1. den Inhalt, den Umfang und die Organisation der Ausbildungen,</b></p> <p><b>2. die Festlegung, die Verteilung und die Vermehrung der in Absatz 2 vorgesehenen Unterrichtsstunden,</b></p> <p><b>3. die Ausgestaltung des kooperativen und des schulischen Berufsgrundbildungsjahres,</b></p> <p><b>4. die Ausgestaltung der Bildungsgänge nach den Absätzen 3 bis 5,</b></p> |           |



| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                 | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Bemerkung                                                                                      |
|----------|--------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                            | <p>schulischen Berufsgrundbildungsjahres,</p> <p>4.die Ausgestaltung der Lehrgänge nach den Absätzen 3 und 4 und des Berufsschulunterrichts nach Absatz 5,</p> <p>5.die Voraussetzungen für den Erwerb der Berufsbildungsreife, der erweiterten Berufsbildungsreife sowie des mittleren Schulabschlusses; dabei können Abweichungen von § 21 Absatz 2 vorgesehen werden,</p> <p>6.die Voraussetzungen zum Erwerb der Fachhochschulreife sowie der fachgebundenen und allgemeinen Hochschulreife in doppelt qualifizierenden Bildungsgängen (§ 33).</p> | <p><b>5. die Voraussetzungen für den Erwerb der Berufsbildungsreife, der erweiterten Berufsbildungsreife sowie des mittleren Schulabschlusses; dabei können Abweichungen von § 21 Absatz 2 vorgesehen werden,</b></p> <p><b>6. die Voraussetzungen zum Erwerb der Fachhochschulreife sowie der fachgebundenen und allgemeinen Hochschulreife in doppelt qualifizierenden Bildungsgängen (§ 33).“</b></p>                                                                                                                                                 |                                                                                                |
| 12       | S. 10<br>§ 30<br><b>(Berufsfachschule)</b> | <p>(1) Die Berufsfachschule vermittelt Schülerinnen und Schülern, die nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen, in einjährigen Bildungsgängen eine fachbezogene berufliche Grundbildung zur Vorbereitung auf die künftige Berufsausbildung oder in mehrjährigen Bildungsgängen die für den gewählten Beruf erforderlichen praktischen Fertigkeiten</p>                                                                                                                                                                                              | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Nr. 17 wird wie folgt gefasst:</p> <p>a) § 30 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„(1) Die Berufsfachschule vermittelt Schülerinnen und Schülern, die nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen, in Bildungsgängen die für den gewählten Beruf erforderlichen praktischen Fertigkeiten und theoretischen Kenntnisse und erweitert ihre Allgemeinbildung. Sie übernimmt als Vollzeitschule die Berufsausbildung der</b></p> | <p><b>angenommen</b> (einstimmig mit SPD, LINKE und GRÜNE bei Enthaltung CDU, AfD und FDP)</p> |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Bemerkung |
|-------------|------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|             |            | <p>und theoretischen Kenntnisse und erweitert ihre Allgemeinbildung. Sie übernimmt als Vollzeitschule die Berufsausbildung der Jugendlichen für die ganze oder einen Teil der vorgeschriebenen oder üblichen Ausbildungszeit. Die Ausbildung an der Berufsfachschule schließt mit einer schulischen Prüfung ab, sofern die Berufsausbildung nicht mit einer Prüfung nach dem Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2934), oder der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074), zuletzt geändert durch Artikel 35b des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954) abschließt. § 29 Abs. 3 gilt entsprechend. Die Berufsfachschule ermöglicht zusätzlich den Erwerb schulischer Abschlüsse.</p> <p>(2) Die Aufnahme in die Berufsfachschule setzt voraus</p> <p>1.bei einem mindestens dreijährigen Bildungsgang mindestens die Berufsbildungsreife oder eine gleichwertige Schulbildung,</p> <p>2.bei einem zweijährigen Bildungsgang mindestens die Berufsbildungsreife oder eine gleichwertige Schulbildung und</p> <p>3.bei einem einjährigen Bildungsgang mindestens die erweiterte Berufsbildungsreife oder eine</p> | <p><b>Jugendlichen für die ganze oder einen Teil der vorgeschriebenen oder üblichen Ausbildungszeit. Die Ausbildung an der Berufsfachschule schließt mit einer schulischen Prüfung ab, sofern die Berufsausbildung nicht mit einer Prüfung nach dem Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung oder der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074, 2006 I S. 2095), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2143) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung abschließt. § 29 Abs. 3 gilt entsprechend. Die Berufsfachschule ermöglicht zusätzlich den Erwerb schulischer Abschlüsse.“</b></p> <p>b) § 30 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„(2) Die Aufnahme in die Berufsfachschule setzt vorbehaltlich des Satzes 2 bei einem mindestens zweijährigen Bildungsgang mindestens die Berufsbildungsreife oder eine gleichwertige Schulbildung voraus. Erfordert ein Bildungsgang eine über die Berufsbildungsreife oder eine jeweils gleichwertige Schulbildung hinausgehende Schulbildung, wird für die Aufnahme der mittlere Schulabschluss</b></p> |           |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                           | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Bemerkung                                                                           |
|----------|------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                      | gleichwertige Schulbildung.<br>Erfordert ein Bildungsgang eine über die Berufsbildungsreife oder die erweiterte Berufsbildungsreife oder eine jeweils gleichwertige Schulbildung hinausgehende Schulbildung, so wird für die Aufnahme der mittlere Schulabschluss vorausgesetzt. Bei Bildungsgängen, die besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten voraussetzen, kann die Aufnahme zusätzlich vom Ergebnis einer entsprechenden Eignungsfeststellung abhängig gemacht werden. | <b>vorausgesetzt. Bei Bildungsgängen, die besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten voraussetzen, kann die Aufnahme zusätzlich vom Ergebnis einer entsprechenden Eignungsfeststellung abhängig gemacht werden.“</b><br><br>c) In § 30 Absatz 5 Nummer 3 werden nach dem Wort „Teilzeitformen“ ein Komma und die Wörter „wobei in Vollzeitbildungsgängen der Berufsfachschule für Pflegehilfe eine kürzere als die in Absatz 3 Satz 1 vorgegebene Probezeit vorgesehen werden kann“ eingefügt.                                                                                                                                                                             |                                                                                     |
| 13       | S. 11-12<br><br><b>§ 37 (Gemeinsamer Unterricht)</b> | „(1) Im gemeinsamen Unterricht in der allgemeinen Schule wird zielgleich oder zieldifferent nach den geltenden Rahmenlehrplänen und Vorschriften unterrichtet. Der zielgleiche Unterricht ist auf den Erwerb eines Schulabschlusses nach § 21 Absatz 1 oder des Abiturs ausgerichtet. Organisatorische und methodische Abweichungen sind zulässig, soweit die Art der Behinderung oder Beeinträchtigung es                                                                 | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Die laufende Nummer 20 wird wie folgt gefasst:<br><br>§ 37 wird wie folgt gefasst:<br><br><b>(1) Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben einen Anspruch eine allgemeine Schule zu besuchen, wenn sie oder bei nicht volljährigen Schülerinnen und Schülern ihre Erziehungsberechtigten dies wünschen.</b><br><b>(2) Im gemeinsamen Unterricht in der allgemeinen Schule wird zielgleich oder zieldifferent nach den geltenden Rahmenlehrplänen und Vorschriften unterrichtet. Der zielgleiche Unterricht ist auf den</b> | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen CDU und AfD) |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Bemerkung |
|-------------|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|             |            | <p>erfordert. Sonderpädagogisch geförderte Schülerinnen und Schüler können zeitweilig in gesonderten Lerngruppen unterrichtet werden, wenn dies im Einzelfall pädagogisch geboten ist.</p> <p>(2) Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ werden bis Jahrgangsstufe 10, Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" werden während des gesamten Schulbesuchs ziendifferent unterrichtet. In den Unterrichtsfächern, in denen die Leistungsanforderungen der allgemeinen Schule erfüllt werden können, richten sich die Lernziele und Leistungsanforderungen nach denen der allgemeinen Schule. Diese Schülerinnen und Schüler rücken bis in die Jahrgangsstufe 10 jeweils mit Beginn eines Schuljahres in die nächsthöhere Jahrgangsstufe auf. Für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Lernen" darf die Wiederholung einer Jahrgangsstufe abweichend von § 59 Absatz 4 Satz 1 angeordnet werden, wenn zu erwarten ist, dass sie dadurch einen oder einen höherwertigen schulischen Abschluss erreichen.“</p> <p>(3.) unverändert</p> | <p><b>Erwerb eines Schulabschlusses nach § 21 Absatz 1 oder des Abiturs ausgerichtet. Organisatorische und methodische Abweichungen sind zulässig, soweit die Art der Behinderung oder Beeinträchtigung es erfordert. Sonderpädagogisch geförderte Schülerinnen und Schüler können zeitweilig in gesonderten Lerngruppen unterrichtet werden, wenn dies im Einzelfall pädagogisch geboten ist.</b></p> <p><b>(3) Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ werden bis Jahrgangsstufe 10, Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" werden während des gesamten Schulbesuchs ziendifferent unterrichtet. In den Unterrichtsfächern, in denen die Leistungsanforderungen der allgemeinen Schule erfüllt werden können, richten sich die Lernziele und Leistungsanforderungen nach denen der allgemeinen Schule. Diese Schülerinnen und Schüler rücken bis in die Jahrgangsstufe 10 jeweils mit Beginn eines Schuljahres in die nächsthöhere Jahrgangsstufe auf. Für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Lernen" darf eine Wiederholung einer Jahrgangsstufe abweichend von § 59 Abs. 4 Satz 1 nur angeordnet werden, wenn zu erwarten ist, dass sie dadurch einen oder einen höherwertigen schulischen Abschluss erreichen.</b></p> <p><b>(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter der allge-</b></p> |           |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                           | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                 | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Bemerkung                                                                          |
|----------|------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                      |                                                                                        | meinen Schule darf eine angemeldete Schülerin oder einen angemeldeten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nur abweisen, wenn für eine angemessene Förderung die personellen, sächlichen und organisatorischen Möglichkeiten nicht vorhanden sind. Ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter eine Aufnahme nach Satz 1 nicht möglich, so legt sie oder er den Antrag der Schulaufsichtsbehörde vor. Diese richtet zur Vorbereitung ihrer Entscheidung einen Ausschuss ein, der die Erziehungsberechtigten und die Schule anhört. Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet im Einvernehmen mit der zuständigen Schulbehörde abschließend auf der Grundlage einer Empfehlung des Ausschusses und unter Beachtung der personellen, sächlichen und organisatorischen Möglichkeiten über die Aufnahme der Schülerin oder des Schülers in die gewählte allgemeine Schule, eine andere allgemeine Schule oder im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten eine Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt. |                                                                                    |
| 14       | S. 12<br>§ 37 a (Inklusive<br>Schwerpunktschule<br>) | (1) Grundschulen, Integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, die | Änderungsantrag der Fraktion der CDU<br><br>§ 37 a Absatz 1 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt neu gefasst:<br><br>„Grundschulen, Integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, die aufgrund                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                                 | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | Bemerkung                                                                           |
|----------|----------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                            | aufgrund ihrer besonderen personellen, sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen besonders geeignete Angebote für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, Hören und Kommunikation“, „Geistige Entwicklung“ und „Autismus“ haben, führen die Bezeichnung Inklusive Schwerpunktschulen.                    | <b>ihrer besonderen personellen, sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen besonders geeignete Angebote für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Hören und Kommunikation“, „Geistige Entwicklung“, „Autismus“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ haben, führen die Bezeichnung Inklusive Schwerpunktschulen.“</b>                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                     |
| 15       | S.12<br>§ 38<br><b>(Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt)</b> | (1) Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt sind Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen I und II für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Organisation dieser Schulen richtet sich nach den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten "Sehen", "Hören und Kommunikation", "Körperliche und motorische Entwicklung", "Lernen", "Sprache" und "Geistige Entwicklung". | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Die laufende Nummer 22 wird wie folgt gefasst:<br><br>§ 38 wird wie folgt geändert:<br><br>a) Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:<br><br><b>„(1) Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt sind Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen I und II für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Organisation dieser Schulen richtet sich nach den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten „Sehen“, „Hören und Kommunikation“, „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Lernen“, Sprache“ und „Geistige Entwicklung“. Im</b> | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen CDU und AfD) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                 | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Bemerkung                                                                              |
|----------|----------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                            | <p>Im Bereich der beruflichen Schulen stehen für die sonderpädagogische Förderung Berufsschulen mit sonderpädagogischen Aufgaben zur Verfügung.</p> <p>(2) unverändert</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <p><b>Bereich der beruflichen Schulen stehen für die sonderpädagogische Förderung Berufsschulen mit sonderpädagogischen Aufgaben zur Verfügung.</b></p> <p><b>(2) Schulpflichtige besuchen die für sie geeignete Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, wenn deren Erziehungsberechtigte es wünschen oder ihr Einvernehmen gemäß § 37 Absatz 4 erklärt haben.“</b></p> <p>b) Absatz 3 wird aufgehoben.</p>                           |                                                                                        |
| 16       | S. 14<br>§ 41 (Grundsätze) | <p>(2) Ausländische Kinder und Jugendliche, denen auf Grund eines Asylgesuchs, nachgewiesen durch die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (Ankunftsnachweis) gemäß § 63a des Asylgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2780) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder eines Asylantrags der Aufenthalt in Berlin gestattet ist oder die hier geduldet werden, unterliegen der allgemeinen Schulpflicht.</p> | <p><b>Änderungsantrag der AfD-Fraktion</b><br/>(Drucksache 18/1398-2)</p> <p>§ 41 (2) des Schulgesetzes für das Land Berlin erhält folgende Fassung:</p> <p><b>Ausländische Kinder und Jugendliche, die in Berlin Asyl genießen oder aus sonstigen Gründen geduldet werden, unterliegen der allgemeinen Schulpflicht. Bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens werden die Kinder und Jugendlichen in ihrer Herkunftssprache unterrichtet.</b></p> | <p><b>abgelehnt</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, CDU LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD)</p> |
| 17       | § 55<br>(Sprachstandsfest- |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <p><b>abgelehnt</b><br/>(mehrheitlich</p>                                              |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                    | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Bemerkung                                      |
|----------|-----------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------|
|          | <b>stellung und Sprachförderung)</b>          | <p>§ 55 (2) Kinder, bei denen festgestellt wird, dass sie nicht über hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache für eine erfolgreiche Teilnahme am Schulunterricht verfügen, erhalten eine vorschulische Sprachförderung. Für Kinder, die bereits eine nach § 23 des Kindertagesförderungsgesetzes öffentlich finanzierte Tageseinrichtung der Jugendhilfe oder eine öffentlich finanzierte Tagespflegestelle besuchen, findet die Sprachförderung im Rahmen des Besuchs der Tageseinrichtung oder der Tagespflegestelle statt (§ 5a des Kindertagesförderungsgesetzes). Die übrigen Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf werden von der zuständigen Schulbehörde für die Dauer der letzten 18 Monate vor Beginn der regelmäßigen Schulpflicht zur Teilnahme an einer vorschulischen Sprachförderung im Umfang von täglich fünf Stunden regelmäßig an fünf Tagen in der Woche verpflichtet. Diese vorschulische Sprachförderung wird im Auftrag der Schule und unter schulischer Aufsicht in Tageseinrichtungen der Jugendhilfe durchgeführt.</p> | <p>§ 55, Abs. 2 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt ergänzt:</p> <p><b>„Handelt es sich bei der Grundschule des Einzugsgebietes um eine Gemeinschaftsschule, haben die Erziehungsberechtigten das Recht, der Zuweisung ihres Kindes an diese Schule zu widersprechen. Sie erhalten stattdessen die Möglichkeit, ihr Kind an der nächstgelegenen Grundschule, die keine Gemeinschaftsschule ist, einzuschulen.“</b></p> | mit SPD, LINKE, GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP)  |
| 18       | S. 15<br>§ 55 a (Aufnahme in die Grundschule) |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <b>angenommen</b><br>(einstimmig mit SPD, CDU) |



| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Bemerkung                                          |
|-------------|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|
|             |            | <p>(1) unverändert</p> <p>(2) Die Erziehungsberechtigten können den Besuch einer anderen Grundschule unter Darlegung der Gründe beantragen (Erstwunsch). Dem Antrag ist im Rahmen der Aufnahmekapazität und nach Maßgabe freier Plätze gemäß den Organisationsrichtlinien nach den folgenden Kriterien in abgestufter Rangfolge stattzugeben, wenn</p> <p>1. der Besuch der zuständigen Grundschule längerfristig gewachsene, stark ausgeprägte persönliche Bindungen zu anderen Kindern, insbesondere zu Geschwistern, beeinträchtigen würde,</p> <p>2. die Erziehungsberechtigten ausdrücklich ein bestimmtes Schulprogramm, ein bestimmtes Fremdsprachenangebot, den Besuch einer Primarstufe der Gemeinschaftsschule oder eine Ganztagsgrundschule in gebundener Form oder offener Form oder eine verlässliche Halbtagsgrundschule wünschen oder</p> <p>3. der Besuch der gewählten Grundschule die Betreuung des Kindes wesentlich erleichtern würde, insbesondere auf Grund beruflicher Erfordernisse. Im Übrigen entscheidet das Los. Über den Antrag entscheidet das zuständige Bezirksamt im</p> | <p>Die laufende Nummer 28 wird wie folgt gefasst:</p> <p>§ 55a wird wie folgt geändert:</p> <p><b>a) In Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 werden nach dem Wort „Fremdsprachenangebot“ ein Komma und die Wörter „den Besuch einer Primarstufe der Gemeinschaftsschule“ eingefügt.</b></p> <p><b>b) Nach Absatz 2 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:</b></p> <p><b>(3) Schulpflichtige Kinder, die aufgrund einer Änderung des Einschulungsbereichs nicht mehr in dem Einschulungsbereich der Grundschule wohnen, die als zuständige Grundschule von einem älteren Geschwisterkind besucht wird, werden auf Antrag der Erziehungsberechtigten den Schülerinnen und Schülern gleichgestellt, die in diesem Einschulungsbereich wohnen. Bei einem Antrag nach Satz 1 wird diese Schule zu der für sie zuständigen Grundschule."</b></p> <p><b>c) Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden die Absätze 4 bis 7.</b></p> <p><b>d) Folgender Absatz 8 wird angefügt:</b></p> <p><b>„(8) Die Absätze 1 bis 7 finden auf die Aufnahme in die Primarstufe der Gemeinschaftsschule entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass Plätze für außerhalb des Einschulungsbereichs wohnende Kinder gemäß § 54 Absatz 5 bereitgestellt</b></p> | <p>LINKE und GRÜNE bei Enthaltung AfD und FDP)</p> |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                      | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Bemerkung                                                                                  |
|----------|-------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                 | <p>Benehmen mit der jeweiligen Schulleiterin oder dem jeweiligen Schulleiter der aufnehmenden Grundschule.</p> <p>(3-6) unverändert</p> <p>(7) Die Absätze 1 bis 6 finden auf die Aufnahme in die Primarstufe der Gemeinschaftsschule entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass Plätze für außerhalb des Einschulungsbereichs wohnende Kinder gemäß § 54 Absatz 5 bereitgestellt werden.</p>                                                                                                                                                                                                           | werden.“                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |                                                                                            |
| 19a      | S. 15<br>§ 56 (Übergang in die Sekundarstufe I) | <p>(5) Wer im Gymnasium am Ende der Jahrgangsstufe 7 die Probezeit nicht besteht und nicht versetzt wird, wechselt in die Jahrgangsstufe 8 der Integrierten Sekundarschule oder der Gemeinschaftsschule. Für Schülerinnen und Schüler, die im Laufe des ersten Schulhalb-jahres der Jahrgangsstufe 7 Leistungsrückstände aufweisen, die eine Versetzung gefährdet erscheinen lassen, sind zwischen der Schule und der Schülerin oder dem Schüler sowie ihren oder seinen Erziehungsberechtigten spätestens zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen zu schließen.</p> | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU</b></p> <p>§ 56 Abs. 5 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt neu gefasst:</p> <p><b>„Wer im Gymnasium am Ende des ersten Halbjahres der Jahrgangsstufe 7 die Probezeit nicht besteht, wechselt zum zweiten Halbjahr in die Jahrgangsstufe 7 der Integrierten Sekundarschule oder der Gemeinschaftsschule.“</b></p> | <p><b>abgelehnt</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP)</p> |
| 19b      | S. 15                                           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | <b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>abgelehnt</b>                                                                           |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                             | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Bemerkung                                                                    |
|----------|----------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
|          | § 56 (Übergang in die Sekundarstufe I) | <p>(6) 2. Mindestens 60 Prozent der Schulplätze werden nach Aufnahmekriterien vergeben, die von der Schule unter Berücksichtigung des Schulprogramms festgelegt werden. Zur Feststellung, ob eine Schülerin oder ein Schüler die Aufnahmekriterien der Schule erfüllt, ist ein Verfahren für die Aufnahme durchzuführen. Die Grundlagen der Aufnahmeentscheidung sind zu dokumentieren. Die Aufnahmekriterien und die Gestaltung des Verfahrens für die Aufnahme unterliegen der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde, hinsichtlich der Aufnahmekriterien im Benehmen, hinsichtlich der Gestaltung des Verfahrens für die Aufnahme im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Schulbehörde.</p> <p>3. 30 Prozent der Schulplätze werden durch Los vergeben. Soweit Geschwisterkinder nicht gemäß Nummer 1 oder Nummer 2 berücksichtigt wurden, sind sie vorrangig aufzunehmen.</p> <p>Befinden sich mehrere Geschwisterkinder gleichzeitig ausschließlich im Losverfahren, führt die Aufnahme des ersten Geschwisterkindes durch Los dazu, dass seine weiteren sich im</p> | <p>§ 56 Abs. 6 Punkt 2 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt geändert:</p> <p><b>„Mindestens 90 Prozent der Schulplätze an Gymnasien werden nach Aufnahmekriterien vergeben, die von der Schule unter Berücksichtigung des Schulprogramms festgelegt werden. Mindestens 90 Prozent der Schulplätze an Integrierten Sekundarschulen werden je zu einem Drittel an leistungsstarke Schüler, zu einem Drittel an Schüler mittlerer Leistungsstärke und zu einem Drittel an leistungsschwache Schüler vergeben. Zur Feststellung, ob eine Schülerin oder ein Schüler die Aufnahmekriterien der Schule erfüllt, ist ein Verfahren für die Aufnahme durchzuführen. Die Grundlagen der Aufnahmeentscheidung sind zu dokumentieren. Die Aufnahmekriterien und die Gestaltung des Verfahrens für die Aufnahme unterliegen der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde, hinsichtlich der Aufnahmekriterien im Benehmen, hinsichtlich der Gestaltung des Verfahrens für die Aufnahme im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Schulbehörde.“</b></p> <p>§ 56, Abs. 6, Punkt 3 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird gestrichen.</p> | (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                          | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Bemerkung                                                                                                |
|----------|-----------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                     | <p>Losverfahren befindenden Geschwister ebenfalls aufgenommen werden.</p> <p>Das Aufnahmeverfahren nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 gilt auch für die Aufnahme in die Jahrgangsstufe 7 der Gemeinschaftsschule mit der Maßgabe, dass in die Jahrgangsstufe 7 zunächst die Schülerinnen und Schüler der eigenen Primarstufe aufrücken. Abweichend von den Nummern 2 und 3 werden an der Gemeinschaftsschule nach Berücksichtigung der Geschwisterkinder alle verbleibenden Schulplätze nach von der Schule festgelegten Aufnahmekriterien vergeben, die eine leistungsheterogene Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Schülerinnen und Schüler aller Förderprognosen sind unabhängig von der Durchschnittsnote gleichberechtigt zu berücksichtigen; das Losverfahren kann die Aufnahme nach Kriterien ersetzen.</p> |                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                          |
| 20       | S. 17<br>§ 58 (Lernerfolgskontrollen und Zeugnisse) | <p>(8) Sind Schülerinnen und Schüler durch eine lang andauernde erhebliche Beeinträchtigung daran gehindert, ihr vorhandenes Leistungsvermögen</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der CDU</b></p> <p>§ 58 Abs. 8 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) wird wie folgt neu gefasst:</p> <p><b>„Sind Schülerinnen und Schüler durch eine lang andauernde erhebliche Beeinträchtigung daran gehindert, ihr vorhandenes Leistungsvermögen</b></p> | <p><b>abgelehnt</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP)</p> |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                         | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Bemerkung                                                                          |
|----------|--------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                    | darzustellen, erhalten sie besondere Unterstützungsmaßnahmen, die diese Beeinträchtigung ausgleichen (Nachteilsausgleich). Das fachliche Anforderungsniveau der Leistungsanforderungen ist dabei zu wahren.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <b>darzustellen, erhalten sie besondere Unterstützungsmaßnahmen, die diese Beeinträchtigung ausgleichen (Nachteilsausgleich). Zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung dieses Verfahrens und des qualitativen Anforderungsniveaus wird ein zentraler Kontrollmechanismus eingeführt.“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                    |
| 21a      | S. 18-21<br>§ 64<br><b>(Datenverarbeitung und Auskunftsrechte)</b> | (3) Personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, ihren Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und sonstigen schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dürfen an die in Absatz 1 genannten Stellen sowie an anerkannte Schulen in freier Trägerschaft, an die Jugendbehörden und die Jugendgerichtshilfe ohne die Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der übermittelnden Stelle oder des Empfängers erforderlich ist. Die Schulen dürfen den Schulzahnärztlichen und den Schulärztlichen Diensten die Namen, Geburtsdaten und Anschriften der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler sowie zur Benachrichtigung über die medizinischen Befunde die Namen und Anschriften der Erziehungsberechtigten der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler übermitteln. Die Übermittlung an vorstehend nicht genannte öffentliche Stellen ist nur zulässig, wenn eine Rechtsvorschrift dies erlaubt oder eine Einwilligung der betroffenen Person | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(31/c/bb) § 64 Abs. 3 Satz 2 wird neugefasst:<br><br><b>„Die Schulen dürfen den Schulzahnärztlichen und Schulärztlichen Diensten die Namen, Geburtsdaten und Anschriften der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler übermitteln.“</b><br><br><b>Gestrichen wird: „sowie zur Benachrichtigung über die medizinischen Befunde die Namen und Anschriften der Erziehungsberechtigten der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler“</b><br><br>(31/C/CC) § 64 Absatz 3 Satz 3 (neu):<br><b>„cc) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „sonstige“ durch die Wörter „vorstehend nicht genannte“ ersetzt und es werden nach dem Wort „Einwilligung“ die Wörter „der betroffenen Person“ eingefügt.“</b><br>wird gestrichen. | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen CDU und FDP) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                         | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Bemerkung                                                                                                  |
|----------|--------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                    | vorliegt. Die Übermittlungsvorgänge sind aktenkundig zu machen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                                                                            |
| 21b      | S. 18-21<br>§ 64<br><b>(Datenverarbeitung und Auskunftsrechte)</b> | <p>(3) Personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, ihren Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und sonstigen schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dürfen an die in Absatz 1 genannten Stellen sowie an anerkannte Schulen in freier Trägerschaft, an die Jugendbehörden und die Jugendgerichtshilfe ohne die Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der übermittelnden Stelle oder des Empfängers erforderlich ist. Die Schulen dürfen den Schulzahnärztlichen und den Schulärztlichen Diensten die Namen, Geburtsdaten und Anschriften der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler sowie zur Benachrichtigung über die medizinischen Befunde die Namen und Anschriften der Erziehungsberechtigten der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler übermitteln. Die Übermittlung an vorstehend nicht genannte öffentliche Stellen ist nur zulässig, wenn eine Rechtsvorschrift dies erlaubt</p> | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Die laufende Nummer 31 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) lit. c) bb) wird wie folgt gefasst:</p> <p>Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:<br/> <b>„Die Schulen dürfen den Schulzahnärztlichen und den Schulärztlichen Diensten mit Einwilligung der betroffenen Personen oder deren Erziehungsberechtigten die Namen, Geburtsdaten und Anschriften der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler sowie zur Benachrichtigung über die medizinischen Befunde die Namen und Anschriften der Erziehungsberechtigten der zu untersuchenden Schülerinnen und Schüler übermitteln.“</b></p> | <p><b>angenommen</b><br/> (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP bei Enthaltung CDU)</p> |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Bemerkung |
|-------------|------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|             |            | <p>oder eine Einwilligung der betroffenen Person vorliegt. Die Übermittlungsvorgänge sind aktenkundig zu machen.</p> <p>(8) Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr können Schülerinnen und Schüler die Rechte aus Artikel 15 (Auskunftsrecht), Artikel 16 (Recht auf Berichtigung), Artikel 17 (Recht auf Löschung), Artikel 18 (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung), Artikel 20 (Recht auf Datenübertragbarkeit), Artikel 21 (Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung) der Datenschutz-Grundverordnung und das Recht auf Einsicht in über die Person der Schülerin oder des Schülers geführte Akten aus § 24 des Berliner Datenschutzgesetzes vom 13. Juni 2018 (GVBl. S. 418) in der jeweils geltenden Fassung auch ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten geltend machen, soweit die Schulleiterin oder der Schulleiter deren Zustimmung nicht für erforderlich hält; dies gilt auch für die Erteilung der Einwilligung in den Fällen des Absatzes 5 Satz 2 Nummer 1. Zwischenbewertungen und persönliche Aufzeichnungen von Lehrkräften über Schülerinnen und Schüler sowie persönliche Aufzeichnungen über deren Erziehungsberechtigte sind vom Recht auf Einsichtnahme ausgenommen.</p> | <p>b) lit. g) wird wie folgt gefasst:<br/>Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr können Schülerinnen und Schüler die Rechte aus Artikel 15 (Auskunftsrecht), Artikel 16 (Recht auf Berichtigung), Artikel 17 (Recht auf Löschung), Artikel 18 (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung), Artikel 21 (Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung) der Datenschutz-Grundverordnung und das Recht auf Einsicht in über die Person der Schülerin oder des Schülers geführte Akten aus § 24 des Berliner Datenschutzgesetzes vom 13. Juni 2018 (GVBl. S. 418) in der jeweils geltenden Fassung auch ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten geltend machen, soweit die Schulleiterin oder der Schulleiter deren Zustimmung nicht für erforderlich hält; dies gilt auch für die Erteilung der Einwilligung in den Fällen des Absatzes 5 Satz 2 Nummer 1.“</b></p> |           |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                         | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Bemerkung                                                                                     |
|----------|--------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
| 21c      | S. 18-21<br>§ 64<br><b>(Datenverarbeitung und Auskunftsrechte)</b> | (6) Die in Absatz 1 genannten Stellen dürfen personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, ihren Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und sonstigen schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verarbeiten, soweit dies für die Erbringung von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach den §§ 28 und 29 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, nach den §§ 34 und 34a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch oder nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes oder die Mitwirkung daran erforderlich ist. Eine Übermittlung dieser Daten ist zulässig, soweit sie für die Erfüllung der Zwecke, für die sie erhoben worden sind, erforderlich ist. Die Schulen sind darüber hinaus berechtigt, personenbezogene Daten über die Anspruchsberechtigung im Hinblick auf die in Satz 1 genannten Leistungen zu verarbeiten, um sie als Einzelangabe im Sinne von § 65 Absatz 4 Satz 3 an die Schulaufsichtsbehörde zu übermitteln. | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(31 e) § 64 Absatz 6 wird neu gefasst:<br><b>Schulen sind darüber hinaus berechtigt, personenbezogene Daten über die Inanspruchnahme im Hinblick auf die in Satz 1 genannten Leistungen zu verarbeiten, um sie als Einzelangabe im Sinne von § 65 Absatz 4 Satz 3 an die Schulaufsichtsbehörde zu übermitteln.</b> | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP bei Enthaltung CDU) |
| 21d      | S. 18-21<br>§ 64<br><b>(Datenverarbeitung und Auskunftsrechte)</b> | (7) Personenbezogene Daten von Schülerinnen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(31f) § 64 Absatz 7 Satz 2 wird neu gefasst:<br><b>(7) Personenbezogene Daten von Schülerinnen und</b>                                                                                                                                                                                                             | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und                                   |



| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                         | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | Bemerkung                                                        |
|----------|--------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                    | und Schülern und den in Satz 2 genannten Personen dürfen mit Einwilligung der betroffenen Personen, sofern sie das 15. Lebensjahr vollendet haben, anderenfalls mit Einwilligung ihrer Erziehungsberechtigten, zum Zweck der Beratung über und der Vermittlung in Ausbildung und Beruf an die Bundesagentur für Arbeit und an Jobcenter übermittelt werden. Die Schulaufsichtsbehörde darf personenbezogene Daten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die beim Verlassen der Schule weder eine Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben noch eine Berufsausbildung beginnen, bis zur Vollendung ihres 21. Lebensjahres verarbeiten zu dem Zweck, diese Personen für eine Qualifizierungsmaßnahme oder Berufsausbildung zu gewinnen und in eine solche zu vermitteln. Die Schulaufsichtsbehörde unterrichtet die betroffenen Personen nach der Beendigung des Schulverhältnisses über die fortdauernde Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und dem Zweck der Verarbeitung und weist sie auf ihr Widerspruchsrecht aus Artikel 21 der Datenschutz-Grundverordnung hin. | <b>Schülern und den in Satz 2 genannten Personen dürfen mit Einwilligung der betroffenen Personen, sofern sie das 15. Lebensjahr vollendet haben, anderenfalls mit Einwilligung ihrer Erziehungsberechtigten, zum Zweck der Beratung über und der Vermittlung in Ausbildung und Beruf an die Bundesagentur für Arbeit und an Jobcenter übermittelt werden. Die Schulaufsichtsbehörde darf personenbezogene Daten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die beim Verlassen der Schule weder eine Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben noch eine Berufsausbildung beginnen, bis zur Vollendung ihres 21. Lebensjahres verarbeiten zu dem Zweck, diese Personen für eine Qualifizierungsmaßnahme oder Berufsausbildung zu gewinnen und in eine solche zu vermitteln. Die Schulaufsichtsbehörde unterrichtet die betroffenen Personen nach der Beendigung des Schulverhältnisses über die fortdauernde Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und dem Zweck der Verarbeitung. Gleichzeitig wird die betroffene Person auf das Recht eines unbegründeten Widerspruchs hingewiesen.</b> | AfD gegen CDU und FDP)                                           |
| 21e      | S. 18-21<br>§ 64<br><b>(Datenverarbeitung und Auskunftsrechte)</b> | (8) Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr können Schülerinnen und Schüler die Rechte aus Artikel 15 (Auskunftsrecht), Artikel 16 (Recht auf Berichtigung), Artikel 17 (Recht auf Löschung), Artikel 18 (Recht auf Einschränkung der                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(31 g) § 64 Absatz 8(neu):<br><br>„Artikel 20 (Recht auf Datenübertragbarkeit),“                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                   | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Bemerkung                                                                                     |
|----------|--------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                              | Verarbeitung), Artikel 20 (Recht auf Datenübertragbarkeit), Artikel 21 (Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung) der Datenschutz-Grundverordnung und das Recht auf Einsicht in über die Person der Schülerin oder des Schülers geführte Akten aus § 24 des Berliner Datenschutzgesetzes vom 13. Juni 2018 (GVBl. S. 418) in der jeweils geltenden Fassung auch ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten geltend machen, soweit die Schulleiterin oder der Schulleiter deren Zustimmung nicht für erforderlich hält; dies gilt auch für die Erteilung der Einwilligung in den Fällen des Absatzes 5 Satz 2 Nummer 1. Zwischenbewertungen und persönliche Aufzeichnungen von Lehrkräften über Schülerinnen und Schüler sowie persönliche Aufzeichnungen über deren Erziehungsberechtigte sind vom Recht auf Einsichtnahme ausgenommen. | <b>wird gestrichen.</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | CDU und FDP bei Enthaltung AfD)                                                               |
| 22a      | S. 22<br>§ 64 a<br><b>(Automatisierte Datenverarbeitung)</b> | (2) Die Schulen sind verpflichtet, an dem Verfahren teilzunehmen. Ersatzschulen können zur Teilnahme verpflichtet werden, soweit hierfür insbesondere im Hinblick auf die Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht, die Durchführung des Aufnahme- und Übergangsverfahrens oder die                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(32) § 64a Absatz (2) wird neu gefasst:<br><br><b>„Ersatzschulen können zur Teilnahme verpflichtet werden, soweit hierfür im Hinblick auf die Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht, die Durchführung des Aufnahme- und Übergangsverfahrens oder die Finanzierung die zu erhebenden Daten notwendig sind. Die Schulen</b> | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP bei Enthaltung CDU) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                      | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Bemerkung                                                                                        |
|----------|-----------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                 | Finanzierung ein öffentliches Interesse besteht. Die Schulen bleiben für die von ihnen im Fachverfahren verarbeiteten Daten datenschutzrechtlich verantwortlich. Die datenschutzrechtliche Gesamtverantwortung für das Fachverfahren liegt bei der Schulaufsichtsbehörde.                                                                                               | <b>bleiben für die von ihnen im Fachverfahren verarbeiteten Daten datenschutzrechtlich verantwortlich. Die Datenschutzrechtliche Gesamtverantwortung für das Fachverfahren liegt bei der Schulaufsichtsbehörde.“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                  |
| 22b      | S. 24<br>§ 64 a<br><b>(Automatisierte Datenverarbeitung)</b>    | (9) Gegenüber dem jeweils zuständigen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungs-zentrum sind die personenbezogenen Daten, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten, derjenigen Schülerinnen und Schüler offen zu legen, hinsichtlich derer das Bestehen sonderpädagogischen Förderbedarfs geprüft werden soll. | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(32.) § 64a Absatz (9) wird neu gefasst:<br><br><b>(9) Gegenüber dem jeweils zuständigen Schulpsychologischen und Inklusions-pädagogischen Beratungs- und Unterstützungs-zentrum sind die personenbezogenen Daten, einschließlich besonderer Kategorien personen-bezogener Daten, derjenigen Schülerinnen und Schüler offen zu legen, insoweit sie hinsichtlich der Prüfung des Bestehens eines sonderpädagogischen Förderbedarfs erforderlich sind.“</b> | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen FDP bei Enthaltung CDU und AfD) |
| 22c      | S. 21-24<br>§ 64 a<br><b>(Automatisierte Datenverarbeitung)</b> |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Die laufende Nummer 32 wird wie folgt gefasst:                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP)                   |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                 | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Bemerkung                                                                                      |
|----------|------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                            | (9) Gegenüber dem jeweils zuständigen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungs-zentrum sind die personenbezogenen Daten, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten, derjenigen Schülerinnen und Schüler offen zu legen, hinsichtlich derer das Bestehen sonderpädagogischen Förderbedarfs geprüft werden soll. | § 64a wird wie folgt gefasst:<br><br>„(1) - (8) (unverändert)<br><b>(9) Gegenüber dem jeweils zuständigen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungs-zentrum sind die für die Feststellung des Förderbedarfs erforderlichen personenbezogenen Daten, einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten, derjenigen Schülerinnen und Schüler offen zu legen, hinsichtlich derer das Bestehen sonderpädagogischen Förderbedarfs geprüft werden soll.“</b> | bei Enthaltung CDU)                                                                            |
| 23       | S. 24<br>§ 66 (Nähere Ausgestaltung der Datenverarbeitung) | 13. Art und Umfang der Daten sowie spezifische technische und organisatorische Maßnahmen bei der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.“                                                                                                                                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(34 b) § 66 Nr. 13 wird gestrichen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP)                |
| 24       | S. 24<br>§ 67 (Aufgaben und Stellung der Lehrkräfte)       |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Hinter der laufenden Nummer 34 wird folgende neue laufende Nummer 34a eingefügt:<br><br>34a. § 67 wird wie folgt geändert:                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>angenommen</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD bei Enthaltung CDU) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                           | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Bemerkung                                                                                                  |
|----------|----------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                      |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <p>a) § 67 erhält folgenden neuen Absatz 4:<br/> <b>„(4) Die Lehrkräfte arbeiten und gestalten den Unterricht auf der Basis der Werte des Grundgesetzes und entsprechend des in § 1 dieses Gesetzes formulierten Auftrages und den in den §§ 2 und 3 formulierten Bildungs- und Erziehungszielen der demokratischen Schule.“</b></p> <p>b) Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden Absätze 5 bis 7.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |                                                                                                            |
| 25       | § 69 (Stellung und Aufgaben der Schulleiterin oder des Schulleiters) | <p>Dazu ist sie oder er verpflichtet,<br/> 1.sich über den ordnungsgemäßen Ablauf der Unterrichts- und Erziehungsarbeit zu informieren,<br/> 2.die Lehrkräfte sowie die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beraten und<br/> 3.in die Unterrichts- oder Erziehungsarbeit bei Verstoß gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften, Weisungen der Schulaufsichtsbehörde und der Schulbehörde oder Beschlüsse der schulischen Gremien oder bei</p> | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Hinter der laufenden Nummer 34a wird folgende laufende Nummer 34b eingefügt:<br/> 34b. § 69 Abs. 4 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br/> <b>„Dazu ist sie oder er verpflichtet,</b><br/> <b>1. sich über den ordnungsgemäßen Ablauf der Unterrichts- und Erziehungsarbeit zu informieren,</b><br/> <b>2. die Lehrkräfte sowie die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beraten,</b><br/> <b>3. in die Unterrichts- oder Erziehungsarbeit bei Verstoß gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften, Weisungen der Schulaufsichtsbehörde und der Schulbehörde oder Beschlüsse der schulischen Gremien oder bei Mängeln in der</b></p> | <p><b>angenommen</b><br/> (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP)</p> |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                              | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Bemerkung                                                                                        |
|----------|-----------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                         | Mängeln in der Qualität der pädagogischen Arbeit eingzugreifen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>Qualität der pädagogischen Arbeit eingzugreifen und</b><br><br><b>4. auf eine partizipative, diskriminierungsfreie und demokratische Schulkultur hinzuwirken.“</b>                                                                                                                                                |                                                                                                  |
| 26       | S. 25<br>§ 74 a<br><b>(Krisenteams)</b> | Die Schulleiterin oder der Schulleiter richtet ein Krisenteam ein. Aufgabe des Krisenteams ist die Gewalt- und Krisenprävention in der Schule, die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte im Akutfall sowie die Nachsorge. Dies beinhaltet die Entwicklung von Konzepten, die Steuerung entsprechender Maßnahmen und die Aufarbeitung von Gewaltvorfällen, Krisen und Notfällen. In das Krisenteam können Schulpersonal sowie weitere geeignete Personen berufen werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter oder eine Funktionsstelleninhaberin oder ein Funktionsstelleninhaber nach § 73 ist verpflichtend Mitglied des Krisenteams. | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br><br>(36) §74a Krisenteams wird der zweite Satz ergänzt:<br><br><b>„Aufgabe des Krisenteams ist die Gewalt- und Krisenprävention in der Schule, eine jährliche Übung, Umsetzung der erarbeiteten Konzepte im Akutfall sowie die Nachsorge.“</b>                        | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP)                  |
| 27       | S. 26<br>§ 77 <b>(Mitglieder)</b>       |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b><br>§ 77<br>a) Angefügter Satz wird neu gefasst<br><br><b>„Anstelle der in Satz 1 Nummer 5 genannten Person treten an beruflichen Schulen je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus den an der Schule vertretenen Unternehmen.“</b> | <b>abgelehnt</b><br>(mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD) |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                              | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Bemerkung                                                                              |
|----------|-------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | „Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend“ wird gestrichen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |                                                                                        |
| 28       | S. 27<br>§ 85<br><b>(Gesamtschülervertretung, Schülerversammlungen)</b> | <p>(1) An jeder Schule der Sekundarstufen I und II wird eine Gesamtschülervertretung gebildet. Stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtschülervertretung sind alle in einer Schule gewählten Sprecherinnen und Sprecher sowie die Schulsprecherin oder der Schulsprecher und deren oder dessen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. An Gemeinschaftsschulen sowie weiterführenden Schulen, die mit einer Grundschule verbunden sind, sind die Sprecherinnen und Sprecher der Jahrgangsstufen 5 und 6 stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtschülervertretung; die Sprecherinnen und Sprecher der Jahrgangsstufen 3 und 4 nehmen beratend an der</p> | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Die laufende Nummer 41 wird wie folgt gefasst:</p> <p>§ 85 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„(1) An jeder Schule der Sekundarstufen I und II wird eine Gesamtschülervertretung gebildet, die innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Unterrichts die erste Sitzung abhält. Stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtschülervertretung sind alle in einer Schule gewählten Sprecherinnen und Sprecher sowie die Schulsprecherin oder der Schulsprecher und deren oder dessen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. An Gemeinschaftsschulen sowie weiterführenden Schulen, die mit einer Grundschule verbunden sind, sind die Sprecherinnen und Sprecher der Jahrgangsstufen 5 und 6 stimmberechtigte Mitglieder der Gesamtschülervertretung; die Sprecherinnen und Sprecher der Jahrgangsstufen 3 und 4 nehmen beratend an der Gesamtschülerver-</b></p> | <p><b>angenommen</b> (mehrheitlich mit SPD, CDU LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP)</p> |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                   | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Bemerkung                                                                           |
|----------|----------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                              | Gesamtschülervertretung teil.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | tretung teil."                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                                                     |
| 29       | S. 30<br>§ 119 (Vorsitz und Geschäftsstelle) | (2) Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte des betreffenden Schulbeirats. Zur Unterstützung der Bezirksschulbeiräte sowie der Bezirksausschüsse wird beim zuständigen Bezirksamt, zur Unterstützung des Landesschulbeirats sowie der Landesausschüsse bei dem für das Schulwesen zuständigen Mitglied des Senats eine Geschäftsstelle eingerichtet. | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Hinter der laufenden Nummer 49 wird folgende neue laufende Nummer 49a eingefügt:<br><br>49a. § 119 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:<br><br>„(2) Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte des betreffenden Schulbeirates. Zur Unterstützung der Bezirksschulbeiräte sowie der Bezirksausschüsse wird beim zuständigen Bezirksamt, zur Unterstützung des Landesschulbeirates und des Beirates Beruflicher Schulen sowie der Landesausschüsse bei dem für das Schulwesen zuständigen Mitglied des Senats eine Geschäftsstelle eingerichtet.“ | <b>angenommen</b> (mehrheitlich mit SPD, CDU LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD)        |
| 30       | S. 30<br>§ 129 (Übergangsregelungen)         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b><br><br>Die laufende Nummer 50 wird wie folgt gefasst:<br><br>50. Dem § 129 werden folgende Absätze 8 bis 11 an-                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>angenommen mit folgender Änderung: Im Absatz 11 wird die Nummer 17 durch 16a</b> |



| Lfd. Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Bemerkung                                                                                                                     |
|----------|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |            | <p>(8) Die Einschulungsbereiche für Gemeinschaftsschulen werden beginnend mit dem Einschulungsverfahren zum Schuljahr 2020/2021 verbindlich gemäß § 54 Absatz 5 in der ab dem Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 27 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung festgelegt. Für das Einschulungsverfahren und das Aufnahmeverfahren für das Schuljahr 2019/2020 findet § 17a Absatz 5 in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des vorgenannten Gesetzes geltenden Fassung weiter Anwendung, sofern die zuständige Schulbehörde nicht bereits Einschulungsbereiche gemäß § 54 Absatz 5 in der in Satz 1 genannten Fassung gebildet hat. Für das Übergangs- und Aufnahmeverfahren für das Schuljahr 2019/2020 in die Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule findet § 17a Absatz 5 in der in Satz 2 genannten Fassung ebenfalls weiter Anwendung.</p> <p>(9) Beschlüsse der Schulkonferenz gemäß § 76 Absatz 1 Nummer 9 und § 58 Absatz 4 Satz 6 und 7 in der ab dem Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 37 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses</p> | <p>gefügt</p> <p>„(8) Die Einschulungsbereiche für Gemeinschaftsschulen werden beginnend mit dem Einschulungsverfahren zum Schuljahr 2020/2021 verbindlich gemäß § 54 Absatz 5 in der ab dem Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 27 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung festgelegt. Für das Einschulungsverfahren und das Aufnahmeverfahren für das Schuljahr 2019/2020 findet § 17a Absatz 5 in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des vorgenannten Gesetzes geltenden Fassung weiter Anwendung, sofern die zuständige Schulbehörde nicht bereits Einschulungsbereiche gemäß § 54 Absatz 5 in der in Satz 1 genannten Fassung gebildet hat. Für das Übergangs- und Aufnahmeverfahren für das Schuljahr 2019/2020 in die Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule findet § 17a Absatz 5 in der in Satz 2 genannten Fassung ebenfalls weiter Anwendung.</p> <p>(9) Beschlüsse der Schulkonferenz gemäß § 76 Absatz 1 Nummer 9 und § 58 Absatz 4 Satz 6 und 7 in der ab dem Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 37 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung können erstmals mit Wirkung für das Schuljahr 2019/2020</p> | <p><b>und die Nummer 18 durch 17 ersetzt</b> (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD bei Enthaltung CDU und FDP)</p> |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | Bemerkung     |
|----------|------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
|          |            | <p>Gesetzes] geltenden Fassung können erstmals mit Wirkung für das Schuljahr 2019/2020 getroffen werden. Die bisherigen Festlegungen im Schulprogramm gemäß § 17a Absatz 6 Satz 2 in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des in Satz 1 genannten Gesetzes geltenden Fassung zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] gelten für das Schuljahr 2018/19 fort.</p> <p>(10) Schulen, die an der Pilotphase der Gemeinschaftsschule gemäß § 17a in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung teilgenommen haben, sind ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens von Artikel 1 Nummer 13 des vorgenannten Gesetzes Gemeinschaftsschulen im Sinne dieses Gesetzes.</p> | <p>getroffen werden. Die bisherigen Festlegungen im Schulprogramm gemäß § 17a Absatz 6 Satz 2 in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des in Satz 1 genannten Gesetzes geltenden Fassung gelten für das Schuljahr 2018/19 fort.</p> <p>(10) Schulen, die an der Pilotphase der Gemeinschaftsschule gemäß § 17a in der bis zum Inkrafttreten von Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geltenden Fassung teilgenommen haben, sind ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens von Artikel 1 Nummer 13 des vorgenannten Gesetzes Gemeinschaftsschulen im Sinne dieses Gesetzes.</p> <p><b>(11) Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Artikel 1 <u>Nummer 16a und 17</u> des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weitere Rechtsvorschriften vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes]Lehrgänge nach § 29 Absatz 3 und 4 oder einjährige Bildungsgänge nach § 30 Absatz 1 in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung besuchen, beenden diese Lehrgänge nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen.“</b></p> |               |
| 31       | S. 33      | § 5 der Verordnung über die Satzung des                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | § 5 <b><u>der Anlage zu Artikel I</u></b> der Verordnung über die                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Der Vorschlag |

| Lfd. Nr. | Seitenzahl                                                                              | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1398                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Bemerkung                                                                                                                                          |
|----------|-----------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          | Art. 5 ( <b>Änderung der Verordnung über die Satzung des Pestalozzi-Fröbel-Hauses</b> ) | <p>Pestalozzi-Fröbel-Hauses vom 21. März 1966 (GVBl. S. 565), die zuletzt durch Artikel I der Verordnung vom 7. Februar 2006 (GVBl. S. 128) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:<br/>„(1) Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten ist.“</p> <p>b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „anwesenden“ die Wörter „oder ordnungsgemäß vertretenen“ eingefügt.</p> <p>c) In Absatz 3 Satz 1 und 3 werden jeweils nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.</p>                 | <p>Satzung des Pestalozzi-Fröbel-Hauses vom 21. März 1966 (GVBl. S. 565), die zuletzt durch Artikel I der Verordnung vom 7. Februar 2006 (GVBl. S. 128) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:<br/>„(1) Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten ist.“</p> <p>b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „anwesenden“ die Wörter „oder ordnungsgemäß vertretenen“ eingefügt.</p> <p>c) In Absatz 3 Satz 1 und 3 werden jeweils nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.</p>                                           | des WPD für die redaktionelle Änderung des Artikels 5 der Vorlage wurde von keiner der Fraktionen aufgegriffen und zu eigen gemacht.               |
| 32       | S. 33<br>Art. 6 ( <b>Änderung der Verordnung über die Satzung des Lette-Vereins</b> )   | <p>§ 5 der Verordnung über die Satzung des Lette-Vereins vom 21. März 1966 (GVBl. S. 566), die zuletzt durch die Verordnung vom 25. März 2015 (GVBl. S. 79) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:<br/>„(1) Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten ist.“</p> <p>b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „anwesenden“ die Wörter „oder ordnungsgemäß vertretenen“ eingefügt.</p> <p>c) In Absatz 3 Satz 1 und 3 werden jeweils nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.</p> | <p>§ 5 <b><u>der Anlage zu Artikel I</u></b> der Verordnung über die Satzung des Lette-Vereins vom 21. März 1966 (GVBl. S. 566), die zuletzt durch die Verordnung vom 25. März 2015 (GVBl. S. 79) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:<br/>„(1) Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten ist.“</p> <p>b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „anwesenden“ die Wörter „oder ordnungsgemäß vertretenen“ eingefügt.</p> <p>c) In Absatz 3 Satz 1 und 3 werden jeweils nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.</p> | Der Vorschlag des WPD für die redaktionelle Änderung des Artikels 6 der Vorlage wurde von keiner der Fraktionen aufgegriffen und zu eigen gemacht. |

| Lfd.<br>Nr. | Seitenzahl                                | Text der Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drs. 18/1398 | Änderungsanträge                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Bemerkung                                                                                |
|-------------|-------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|
| 33          | S. 40<br>Art 12<br><b>(Inkrafttreten)</b> |                                                           | <p><b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Artikel 12 Absätze 4 und 5 werden wie folgt gefasst:</p> <p><b>(4) Artikel 1 Nummer 21, 23 b) und c), 38 und 42, Artikel 2 Nummer 1 a) und b), Artikel 4 bis 6 und Artikel 11 treten am 1. August 2019 in Kraft.</b></p> <p><b>(5) Artikel 1 Nummer 29 e) bb) tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.</b></p> | <p><b>angenommen</b><br/>(mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD)</p> |